

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

RUB Bogdan

Inkl. 2. Februar

570 1747

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee – April 1985 Nr. 57

2,-



8. Mai
Tag der Befreiung



Sieht diese Hüte von Besiegten! Und
Nicht als man sie vom Kopf uns schlug zuletzt
War unsrer bitteren Niederlage Stund.
Sie war, als wir sie folgsam aufgesetzt.

Zur Beilage

Dieser Ausgabe des „Demokratischen Informationsdienst“ liegt eine Flugschrift der Redaktion der Zeitschrift „Kämpfende Jugend“ bei. Wir begrüßen die Veranstaltung „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten“, weil wir gerade in der Auseinandersetzung mit der Reaktion in diesem Land feststellen, daß die große Leistung und die enormen Verluste des sowjetischen Volks bei der Niederschlagung des Hitlerfaschismus vergessen gemacht werden sollen. Strauß und Konsorten versuchen sogar, den 40. Jahrestag der Befreiung als Anlaß zu nehmen, gegen die Sowjetunion zu hetzen und die „Befreiung“ der Deutschen im Osten zu propagieren. Auf ihrer Veranstaltung läßt die „Kämpfende Jugend“ Augenzeugen von damals zu Wort kommen:

Der Soldat, der im Krieg erkannt hat, wo die wahre Front verläuft und der zur Roten Armee oder zu den Partisanen übergelaufen ist;
der Kämpfer für ein neues Deutschland im „Nationalkomitee Freies Deutschland“;

der Arbeiter und Antifaschist oder der wegen einer kleinen Menschlichkeit gnadenlos in die Hölle des Konzentrationslagers Gesperrte;

der Kriegsgefangene, der als mißbrauchter Blinder nach Stalingrad kam, dem dort die Augen geöffnet wurden und der heute erklärt: „Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschiere ich mit Euch nach Bonn!“.

Jeder von ihnen wird auf seine Weise, aus eigenem Erleben seinen Dank an die Sowjetsoldaten aussprechen.

Inhaltsverzeichnis:

Niederlage oder Befreiung: Tauziehen um den 8. Mai	Seite 3	Strauß in Aktion	Seite 19
Geschichtslügen 4 Richtigstellungen zum 8. Mai 1945	Seite 4	Ideologie des Untermenschen wieder legal	Seite 21
„Ich wurde befreit“ Interview mit Erich Thurm, dem ehemaligen Vorsitzenden der DFG/VK in Nürnberg und München	Seite 10	Antifaschisten in Aktion Regensburg: Wir sind wir und die sind die Regensburg: Wiedergutmachung	Seite 24 Seite 25
Keine Feier ohne Geier Über Gehalt und Zweck der 40. Jahrestag- Propaganda	Seite 15	Frankfurt: Zusammenarbeit SPD und Grüne Warum und wie? München: „Der 5. Jahrestag des faschistischen Attentats den Opfern und nicht dem Geld“	Seite 26 Seite 27

Niederlage oder Befreiung: Tauziehen um den 8. Mai

„Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“ So urteilt Heinrich Böll im „Brief an meine Söhne“.

Heute ist diese Unterscheidung wichtiger denn je. Denn nur der, der Befreiung zu sagen vermag, hat wirklich ganz mit dem Faschismus gebrochen. Es ist nicht möglich, auf der einen Seite die Niederwerfung des Nationalsozialismus zu begrüßen, auf der anderen Seite aber die deutsche Niederlage, die Besetzung, die verlorenen Gebiete zu bejammern. Befreiung und Niederlage ist untrennbar miteinander verbunden. Die Niederlage für das deutsche Volk begann schon 1933, als dem Faschismus und damit auch dem Krieg die Bahn frei gemacht wurde. Wenn Dregger von einer *„der größten, wenn nicht überhaupt der größten Katastrophe der deutschen Geschichte“* spricht, dann trauert er dem vergangenen Verbrecherregime nach - denn er und seinesgleichen hatten nichts getan zu dessen Beseitigung, um Deutschland zu retten - im Gegenteil. Und es sind die gleichen Kräfte, deren Slogan heute heißt: *„Schlesien bleibt unser“*.

Willy Brandt hatte recht, wenn er sagt: *„Ich bin auch Deutschland. Ich bin nicht besiegt worden. Nazi-Deutschland ist besiegt worden.“* Aber warum empfiehlt er dann als SPD-Motto für den 8. Mai *„Ende der Gewalt Herrschaft“* und nicht *„Befreiung“* (laut Spiegel 52/1984)? Vielleicht, weil er dann auch sagen mußte, von wem wir befreit wurden?

Hier sind wir bei einem entscheidenden Punkt der demokratischen Bewegung. Es paßt schlecht zum Antikommunismus (der „Grundtorheit unseres Jahrhunderts“, wie Thomas Mann sagte), der selbst breite Kreise der SPD erfaßt hat, zugeben zu müssen, daß es die Sowjetunion war, die die Hauptlast des Krieges trug, daß wir in erster Linie ihr unsere Befreiung zu verdanken haben. Es ist unpopulär, sich der Hetze gegen die Rote Armee, die jetzt allenthalben auf uns niederprasselt, entgegenzustellen mit einem: Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten! Umso mehr begrüßen wir, die Stellungnahme der SJD - Die Falken (siehe Kasten), die die Rolle der Sowjetunion sehr klar darstellt haben.

Doch der 08. Mai enthält natürlich auch die Frage: Was ist uns von der Befreiung geblieben? Was haben wir aus der Chance des Neubeginns gemacht? Wurde mit dem Faschismus wirklich Schluß gemacht? Wurden die Ursachen von Krieg und Faschismus beseitigt? Die Geschichte der BRD beweist eindeutig das Gegenteil. Die Henker und Schreibtischtäter wurden erst laufen gelassen, dann eingewaschen und wieder salonfähig gemacht und schließlich bis in die höchsten Ämter gehievt, wie Globke, Lübke, Kiesinger. Die Konzerne, die Hitler finanzierten und an die Regierung brachten, wurden nicht zer schlagen und ihrer Macht beraubt. Die alten Herrschaftsstrukturen wurden bald wieder restauriert. Wiederaufrüstung, KPD-Verbot und Notstandsverfassung waren die Folge.

Und heute, 40 Jahre nach der Befreiung wird uns Antifaschisten eine Ohrfeige nach der anderen versetzt.

- Einladung des Faschisten und Diktators von Paraguay, Stroessner, nach Bonn
- Beschützung des Massenmörders Mengele durch die Bayerische Staatsregierung, der das Steuergeheimnis mehr gilt, als die Verfolgung eines Nazi-Verbrechers.
- Die Witwe des Blutrichters Freisler erhält eine Zusatzrente als Schadensausgleich für die ihrem Mann entgangene Karriere.
- Mehrere SS-Verbände zeigen am 8. Mai in Nesselwang mit einem Aufmarsch, daß sie geschlagen, aber nicht besiegt sind.
- Das geplante Gesetz gegen die Verbreiter der Auschwitz-Lüge wird gekippt.
- Der Rassismus wird wieder Staatsdoktrin: „Ausländer - raus“ - Hetze wird von der Justiz legalisiert.
- Der Revanchismus wird Regierungspolitik: Kohl sanktioniert „Schlesien bleibt unsere Zukunft - in einem freien Europa“

Diese Tatsachen sprechen für sich. Sie sind nur eine kleine aktuelle Auswahl von Maßnahmen, wie die Reaktion Schritt für Schritt den Faschismus vorbereitet.

Der Faschismus kann in vielerlei äußerer Gestalt auftreten, er wird es nicht noch einmal in der Gestalt der Nazi-Fratze mit SA und SS tun - deshalb müssen wir die Schritte der Reaktion, die in Richtung des Faschismus weisen, umso aufmerksamer beobachten und bekämpfen. Die Kriegsvorbereitungen laufen auf militärischem wie ideologischem Bereich. „Wehret den Anfängen“ ist schon eine Verharmlosung, der Anfang ist längst schon wieder gemacht.

Die militärische Offensive der USA und Englands gegen den Hitlerfaschismus muß angesichts der ausbleibenden durchschlagenden Kriegserfolge Hitlers im Krieg gegen die Sowjetunion vor allem unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, einem befürchteten Sieg Stalins und der dann drohenden Sowjetisierung Europas durch die eigene Niederwerfung des Deutschen Reiches zuvorzukommen.

aus: „Arbeiterjugend 3/85 W. Kinds Müller, Bundesvorstand der Falken.“



Geschichtslüge

4 Richtigstellungen zum 8. Mai 1945

Geschichtslüge Nr. 1:

„England und Frankreich mußten hilflos zusehen, wie Hitler den 2. Weltkrieg anzettelte.“

Betrachtet man die Rolle, die England und Frankreich bei der Annexion Österreichs und Teilen der Tschechoslowakei durch Hitler spielten, läßt sich die Behauptung von der „Ohnmacht“ der Westmächte schwerlich aufrechterhalten. Als Hitlertruppen im März 1938 Österreich besetzten, kam aus dem Westen nicht ein einziges Wort des Protestes. Und bei der Verschacherung des Tschechoslowakei waren England und Frankreich aktiv beteiligt. Am 30. September 1938 trafen sich Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier auf der berichtigten Münchner Konferenz und entschieden gemeinsam über das Schicksal der Tschechoslowakei. Vertreter der tschechischen Regierung waren zu den Gesprächen nicht zugelassen, sie durften im Nebenzimmer auf das Urteil über ihr Land warten.

Welches Ziel verfolgten die Westmächte mit ihrer Politik? Churchill nannte es in seinen Memoiren „auf dem östlichen Schauplatz aufräumen“, das Organ des französischen Außenministeriums drückte es so aus: „Zum Glück denkt Herr Hitler an die Ukraine!“ Die Aggression des deutschen Imperialismus sollte durch Zugeständnisse aus dem Westen in den Osten gelenkt werden.

Um eines Tages Zugriff auf die Schätze der Sowjetunion zu erlangen, schreckten die Westmächte nicht davor zurück, ein Regime zu unterstützen, das mit der Lüge von der „sowjetischen Bedrohung“ auf den Lippen SA, SS und die Polizei auf all jene Menschen hetzte, die für den Frieden eintraten; das Krieg gegen das eigene Volk führte als Vorbereitung des Krieges gegen andere Völker. Lord Halifax, Außenminister Englands, war zufrieden mit dem Terror, mit dem die Hitlerclique den Widerstand der Kommunisten, Christen, Sozialdemokraten im Blut erstickte: „... er und andere Mitglieder der englischen Regierung wären davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern, daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Land diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß da-

her mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne.“ (aus einem Gespräch mit Hitler auf dem Obersalzberg 1937).

Geschichtslüge Nr. 2:

„Stalin lieferte durch den Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts Polen an Deutschland aus und machte gemeinsame Sache mit dem Faschismus.“

Im Frühjahr und Sommer 1939 fanden zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion Verhandlungen statt, die von der Sowjetunion mit dem Ziel geführt wurden, ein konkretes Militärabkommen auf der Grundlage eines gegenseitigen Beistandspaktes zu erreichen. England und Frankreich waren dagegen bestrebt, die Sowjetunion im Falle einer Hitleraggression zu einseitigen Hilfeleistungen zu verpflichten und ihr so die Hauptbürde des Kampfes gegen den deutschen Faschismus aufzuladen, während sie selbst in keinem Fall bereit waren, der Sowjetunion Beistand zu leisten. Die Botschaft der Westmächte an Hitler war eindeutig: man gab ihm damit zu verstehen, daß die Sowjetunion keine Verbündeten hatte und er das Land überfallen könne, ohne bei England und Frankreich auf Widerstand zu stoßen. An Polen wird deutlich, wie wenig die Westmächte bereit waren, zusammen mit der Sowjetunion Deutschland von der Entfesselung des Krieges in Europa abzuhalten: Die Sowjetunion konnte - da sie keine gemeinsamen Grenzen mit Deutschland hatte, Polen nur unter der Voraussetzung bestehen, daß den Sowjettruppen der Durchmarsch durch polnisches Territorium gestattet wurde. Die polnische Regierung erklärte jedoch in Übereinkunft mit den Regierungen Englands und Frankreichs, sie werde dies nicht zulassen und schlug somit die militärische Hilfe der Sowjetunion aus. Die UdSSR war damals bereit, zusammen mit England und Frankreich gegen den deutschen Faschismus zu kämpfen. Ihre Versuche, die beiden Staaten zu einem gegenseitigen, gleichberechtigten Bündnis mit der Sowjetunion zu bewegen, endeten jedoch in einem Fiasko, das kein Zufall war. Die Westmächte waren wesentlich stärker an einem Abkommen mit Hitler interessiert. Neben den offen geführten

Verhandlungen mit der Sowjetunion fanden hinter den Kulissen im Juni 1939 geheime Verhandlungen mit Deutschland statt, deren Ziel es war, sich über die Aufteilung der Welt zu einigen. „In einer solch neuen Atmosphäre können wir das Kolonialproblem, die Frage der Rohstoffe, die Handelschranken, die Bereitstellung von Lebensraum, die Einschränkung der Rüstung und viele andere die Europäer betreffende Streitfragen erörtern.“ (So der britische Außenminister Halifax am 29. Juni 1939). Den Engländern schwebte die lockende Aussicht vor, zu einem dauerhaften Abkommen mit dem deutschen Faschismus zu gelangen und die deutsche Aggression nach Osten „kanalisieren“ zu können. Dafür waren sie bereit, ihre gerade erst an Polen gegebenen Beistandsgarantien zurückzuziehen und Polen Hitler zu überlassen.

In dieser Situation befand sich die UdSSR, als Stalin im August 1939 einen gegenseitigen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland akzeptierte. Damit verschaffte er seinem Land den Aufschub, den es brauchte, um sich gegen den erwarteten Angriff zu rüsten. Jeder Tag, den die Sowjetunion gewann, bedeutete weniger Blutvergießen und vergrößerte die Chance, Europa von dem braunen Terror befreien zu können.

Am 1. September 1939 überfielen die Hitlertruppen Polen und wüdeten dort mit unvorstellbarer Grausamkeit. England und Frankreich hielten sich an das Versprechen, das sie Hitler gegeben hatten und ließen Polen allein mit dem deutschen Faschismus. Am 3. September erklärten Chamberlain und Daladier Deutschland den Krieg. Hitler konnte ruhig sagen: „Wenn sie auch den Krieg erklärt haben, so bedeutet das noch nicht, daß sie kämpfen werden.“ (Sie taten noch mehr als nur nicht zu kämpfen. Die Rohstofflieferungen aus England und Frankreich - hauptsächlich Eisenerze - stiegen in der folgenden Zeit und sicherten Hitlers Rüstungsproduktion.) Mitte September war Polen in den Händen der deutschen Faschisten. Ende September besetzte die Rote Armee die polnischen Gebiete der Ukraine und Belorusslands - ehemalige sowjetische Gebiete mit vorwiegend sowjetischer Bevölkerung, die 1920 von den polnischen Baronen annektiert worden waren.

Die Imperialisten von 1939 waren empört. Und worüber? Daß ein Volk, für das der Faschismus die Ausrottung und Versklavung beschlossen hatte, für das Hitler die Parole ausgegeben hatte: „Rußland ohne Russen“, das von England und Frankreich im Stich gelassen worden war, seine Verteidigung vorbereitete, indem es seine Westgrenze, die Ausgangsposition Hitlers für seinen Raubzug im Osten, 200 km weiter nach Westen verlegte - 200 km weg von lebenswichtigen Zentren wie Kiew, Narwa, Minsk?

Nur einige wenige westliche Politiker waren so ehrlich wie der Führer der Liberalen, der ehemalige englische Premierminister Lloyd George, die Wahrheit offen auszusprechen: „Andererseits marschierten die russischen Armeen in Gebiete ein, die nicht polnisch sind und nach dem Weltkrieg von Polen trotz leidenschaftlicher Proteste und trotz des bewaffneten Widerstands der Bevölkerung gewaltsam annektiert worden waren. Die Bevölkerung der polnischen Ukraine hat die gleiche Nationalität und spricht die gleiche Sprache wie ihre Nachbarn in der Ukrainischen Republik der Sowjetunion. Ich bin der Auffassung, daß es unbedingt notwendig ist, sich dieser Tatsache bewußt zu werden, ehe wir uns überstürzt zu einem Krieg gegen Rußland unter dem Eindruck hinreißen lassen, daß seine Intervention mit der der Deutschen gleichzusetzen sei. Der Unterschied zwischen beiden wird in zunehmenden Maße von der britischen und französischen Öffentlichkeit erkannt.“

Geschichtslüge Nr. 3:

„Deutschland wurde von den Amerikanern befreit.“

Nachdem Hitler Polen unterworfen hatte, sahen sich England und Frankreich ihrem Ziel, Zugriff auf die Sowjetunion zu erlangen, ein Stück näher gekommen. Die Kalkulation der Westmächte ging jedoch nicht auf. Hitler wollte dem deutschen Imperialismus die ganze Welt unterwerfen - und um gegen den Osten losschlagen zu können, brauchte er die Rohstoffe, die Fabriken und Menschen Frankreichs, Belgiens, Norwegens ... 1939 hatte der ehemalige Präsident der USA, Herbert Hoover, noch sagen können: „Ich bin überzeugt, daß weder Deutschland noch die anderen faschistischen Mächte einen Krieg mit den westlichen Demokratien wünschen, solange diese Demokratien nicht den Drang des Faschismus nach Osten behindern.“ Und 10 Tage vor dem Einmarsch der Hitlertruppen in Frankreich „träumte“ der Geschichtsforscher Driault, ein enger Freund Daladiers, vom „Jahr 1940 nach Christi Geburt: Daladier und Chamberlain geben Hitler Rußland bis Wladiwostok, und alle sind



Die Menschen der Sowjetunion setzten ihre ganze Kraft für die Befreiung ihres Landes vom Faschismus ein. Nach dem Überfall wurden innerhalb von sechs Monaten 1.500 Betriebe auf täglich 3000 vollbeladenen Zügen hinter den Ural gebracht und dort neu aufgebaut. Das entspricht ungefähr der Verlagerung der Industrie des gesamten Ruhrgebiets an den Polarkreis.

zufrieden.“ Zufrieden konnte zu diesem Zeitpunkt zumindest einer sein: Hitler hatte in einem Blitzkrieg von nur drei Monaten fast das gesamte westliche Europa und damit Gebiete mit 108 Millionen Menschen für die deutschen Monopole erobert. Als Mitte Juni 1940 Frankreich kapitulierte, befand sich nur noch eine europäische Großmacht außerhalb des faschistischen Machtbereichs - England. Es gelang Hitler nicht, die britische Insel in einem Blitzkrieg zu erobern, obwohl die Hitlerpiloten alles daran setzten, England durch Bombenterror zu bezwingen. Viele englische Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht, die englische Bevölkerung hatte hohe Verluste zu beklagen.

Der Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion

Am 22. Juni brach die deutsche Kriegsmaschinerie in die Sowjetunion ein. Losgehetzt von den Flicks, Krupps und Thyssens sollten sie das Eigentum der Arbeiter und Bauern rauben, sollten sie die Menschen, die es geschafft hatten, die Fabriken und Großgrundbesitzer zu verjagen und ihr Land aus der Rückständigkeit herauszuführen, zu den Arbeitssklaven der deutschen Herren machen. Das Symbol der russischen Revolution, Leningrad, sollte dem Erdboden gleichgemacht, Moskau durch Sprengung des Moskwa-Wolgakanals in einen trostlosen See verwandelt und das ganze Land ausgeplündert und verwüstet werden. Der „Fall Barbarossa“ - wie der Überfall in Chiffre hieß - sollte das Ende des Landes sein,

dessen siegreiche Revolution den Arbeitern in der ganzen Welt als Hoffnung und Orientierung diene. „Barbarossa“ war die Lektion, die die Herren der Welt den Arbeitern der ganzen Welt erteilen wollten.

Richtlinien für die Behandlung politischen Kommissare“ (Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941) (Auszüge)

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Truppe zu erwarten.

Die Truppe hat sich bewußt zu sein:

1. In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.
2. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie sind daher, wenn im Kampf oder bei Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.



Stalingrad war die Wende im 2. Weltkrieg

Der Befreiungskampf der Roten Armee und der sowjetischen Völker vollbrachte, was wenige für möglich gehalten hatten. Er gebot der Hitlerschen Kriegsmaschinerie Einhalt. Im Dezember 1941 erlitten die deutschen Truppen ihre erste Niederlage bei Moskau; der Mythos von der Unbesiegbarkheit der deutschen Truppen begann abzuwackeln. Doch noch waren sie nicht geschlagen, noch konnten sie sich weiter in das Land hineinfressen. Bis nach Stalingrad drangen die Hitlertruppen vor. Am 13. September 1942 prahlte der Völkische Beobachter: „Die Festung der Bolschewiken zu Füßen des Führers! Stalingrad vor dem Fall!“ Sie hatten sich getäuscht. In den Straßen Stalingrads begann ein erbitterter Kampf um jedes Haus, um jedes Stockwerk. Hitlers Elitedivisionen wurden in Stalingrad von den Arbeitern und Bauern besiegt - Stalingrad war die Wende des Kriegs. Der Griff des deutschen Imperialismus nach der Welt Herrschaft fand hier sein Ende.

Für die unter das faschistische Joch gezwungenen Völker Europas war mit Stalingrad die Hoffnung auf Frieden ein Stück gewachsen. Der Sieg des so-



„Niemals wird man ein Volk besiegen, in dem die Arbeiter und Bauern in ihrer Mehrheit erkannt, empfunden und gesehen haben, daß sie ihre eigene Macht, die Sowjetmacht, die Macht der Werktätigen verteidigen, deren Sieg ihnen und ihren Kindern die Möglichkeit gewährleistet, alle Güter der Kultur zu genießen, von allen Werken der menschlichen Arbeit Gebrauch zu machen.“

Wladimir I. Lenin (1919)

wjetischen Volkes spornte sie dazu an, den Kampf in ihrem eigenen Land gegen die Nazi Herrschaft zu verstärken. „Rußland hat eine echte Revolution gehabt, und von dem Glauben an sie ist es getragen in seinem die ganze Welt zur Bewunderung hinreißenden Abwehrkampf gegen die Nazi-Invasion.“ (der deutsche Dichter Thomas Mann aus seinem Londoner Exil an die deutschen Radiohörer im April 1942).

Die Anti-Hitler-Koalition - 2 Jahre warten auf die 2. Front

Und wo waren - während das sowjetische Volk seine ganze Kraft gegen den deutschen Faschismus warf - die beiden Staaten, denen wir unsere Befreiung verdanken sollen? England und die USA führten mit dem Mund Krieg gegen Deutschland, während sie in Wirklichkeit keinen ernsthaften militärischen Widerstand leisteten. Innerhalb der herrschenden Kreise Englands und Amerikas bestand keine Einigkeit über das Vorgehen in Europa. Während die einen auf einen langen, zermürbenden Kampf setzten, in dem sich Deutschland und die UdSSR gegenseitig schwächen und ausbluten sollten, sahen die anderen ihre Interessen

durch Hitlers Griff nach der Weltherrschaft direkt bedroht und waren deshalb bereit, gegen Hitler Krieg zu führen. Die Überlegung, daß „eine Totalniederlage Rußlands oder sein Absinken in eine militärische Macht zweiten Ranges die Gesamtmasse der deutschen Armeen gegen England und die USA loslassen würde“ (Churchill) und das Wissen, daß Hitler nur mit der Roten Armee besiegt werden konnte, führten zu dem Entschluß der Westmächte, sich mit der Sowjetunion zu verbünden.

Der erste Schritt in Richtung Anti-Hitler-Koalition wurde am 1. Januar 1942 in Washington getan. Im Weißen Haus unterzeichneten die Vertreter der UdSSR, USA, Großbritanniens und Chinas die Deklaration der Vereinten Nationen, in denen sich die Länder verpflichteten, alle Kräfte gegen die faschistischen Mächte einzusetzen. Konkret hätte das für England und die USA die sofortige Errichtung der 2. Front in Europa bedeutet, was endlich einen Teil der Kriegslast von den Schultern des sowjetischen Volkes genommen hätte. Während des gesamten Jahres 1942 fanden in England und der USA Solidaritätskundgebungen der Werktätigen mit der Sowjetunion statt. Am 15. Juni 1942 versammelten sich z. B. im Madison Square Garden in New York Tausende von Menschen, um die Errichtung der 2. Front zu fordern. Und in einer Botschaft von 70 Gewerkschaftsorganisationen Milwauees hieß es: „Im Namen unserer Kinder, unserer Frauen, unserer Heimstätten, im Namen all dessen, was uns teuer ist, müssen wir unverzüglich die zweite Front eröffnen. Eine Verzögerung bedeutet eine Katastrophe. Der Krieg muß noch in diesem Jahr siegreich beendet werden.“

Es sollten jedoch noch zwei Jahre vergehen, bis die Westmächte den Zeitpunkt gekommen sahen, Hitler zum Zweifrontenkrieg zu zwingen. Zwei Jahre, in denen auf dem europäischen Festland allein die Rote Armee und die Partisanen in den besetzten Ländern der faschistischen Militärmaschinerie gegenüberstanden. Zwei Jahre, in denen der deutsche Faschismus seine ganze Kraft gegen die Sowjetunion werfen konnte. Das was Hitler am meisten fürchtete, die Landung der Westalliierten in Frankreich, trat erst dann ein, als die Siege der Roten Armee und die begonnene Befreiung der Völker Osteuropas im Jahre 1944 England und die USA befürchten ließen, die Rote Armee könnte auch noch Paris befreien. Währenddessen kämpften die Imperialisten lieber an der Pazifikfront, in Afrika und Vorderasien. Ein Blick auf die Karte verrät, was sie dort suchten: England wollte seine Kolonialgebiete sichern, die USA Stützpunkte für ihre Weltherrschaft

schaffen. Millionen Menschen haben in der Sowjetunion für diese Politik der Westmächte mit ihrem Leben bezahlt.

Die „Befreiung“ durch die Engländer und Amerikaner: Sizilien - Griechenland - Normandie

Als die westlichen Alliierten dann endlich europäischen Boden betraten, hatten sie nicht nur die Absicht, Hitler zu besiegen. Ihr Vorgehen zeigt, daß es ihnen gleichzeitig darum ging, die von ihnen „befreiten“ Länder unter ihre Kontrolle zu bringen und den Einfluß der Kommunisten einzudämmen.

- Am 10. Juli 1943 landeten die Truppen der Westalliierten auf Sizilien. Sie ließen den deutschen Truppen bis Mitte August Zeit, mitsamt ihrem Kriegsgerät über die Straße von Messina zu verschwinden. Konsequenter verfolgten sie ihr Ziel, den nationalen Befreiungskampf, an dessen Spitze die italienischen Kommunisten standen, in ihre Hand zu bekommen. Der Kommandeur einer Partisanenabteilung schrieb: „Es existierten zwei Konzeptionen für die Kriegsführung: Die eine, der Partisanenkampf des Volkes, hatte die schnelle Befreiung des Volkes und die Beendigung des Krieges ... zum Ziel; die zweite, die Konzeption der Alliierten, resultierte aus politischen Motiven, nach denen die Befreiung in möglichst geringem Maße vom italienischen Volk ausgehen sollte.“

Bereits im Herbst 1943 hatten die alliierten Militärbehörden in Süditalien den Partisanen strikt untersagt, Freiwillige zur Teilnahme am Befreiungskampf zu werben. Ein Jahr später stellten sie die Versorgung der Partisanen mit Waffen und Munition ein.

- Ähnlich in Griechenland: Während des gesamten Krieges hatte England die reaktionären, monarchistischen Kreise unterstützt, die mit den faschistischen Besatzern zusammenarbeiteten. Gleichzeitig hatte die englische Regierung versucht, die griechische Volksbefreiungsarmee, in der die Kommunisten die führende Rolle spielten, unter ihre Kontrolle zu bekommen und sie für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Am 15. Oktober 1943, als die Hitlertruppen schon von den griechischen Freiheitskämpfern vertrieben worden waren, landeten die Engländer. Die wirklichen Ziele der Invasion wurden bald deutlich: die englischen Truppen schritten zur Entwaffnung der Volksbefreiungsarmee, gegen die Maschinengewehre, Minenwerfer, Artillerie und Panzer eingesetzt wurden. Die Aktionen der Engländer weiteten sich faktisch zu einem Krieg gegen das griechische Volk aus.

- Am 6. Juni 1944 überquerten die amerikanischen und englischen Truppen den Ärmelkanal und landeten in der Normandie. Die 2. Front war zwar endlich errichtet, die Hauptlast des Krieges trug jedoch weiterhin die Sowjetunion. Daran änderten weder die Bombenangriffe der Westalliierten auf deutsche Städte etwas - bestimmte Rüstungsbetriebe blieben dabei verschont und Hitlers Rüstung stieg unaufhaltsam an - noch die Invasion in Frankreich. Schon im Herbst 1944 kam der englisch-amerikanische Vormarsch zum Stehen. Die Ardennenoffensive des fast schon von der Roten Armee besiegten Hitlerdeutschlands hätte den Westmächten beinahe eine Niederlage beschert. Am 24. Dezember 1944 und am 6. Januar 1945 wandten sich Roosevelt und Churchill an Stalin mit der Bitte um Unterstützung. Die Rote Armee verlegte daraufhin ihre Offensive auf den 12. Januar vor, band somit die deutschen Truppen an der Ostfront und zwang Hitler, die Ardennenoffensive einzustellen. Ende März 1945 überschritten die Truppen der Westalliierten - von deutscher Abwehr kaum gehindert - den Rhein, womit der Weg nach Deutschland hinein offen lag. Churchill versuchte in jenen Tagen den Vormarsch der anglo-amerikanischen Truppen nach Osten zu beschleunigen, um der Roten Armee in Berlin zuvorkommen. Nach Churchill bestanden „die entscheidenden praktischen Fragen der Strategie und Politik“ in folgendem: „Erstens, daß Sowjetrußland zu einer tödlichen Gefahr für die freie Welt geworden war; zweitens, daß seinem Gewaltvormarsch unverzüglich eine neue Front entgegengestellt werden mußte; drittens, daß diese Front soweit im Osten Europas zu errichten war wie möglich; viertens, daß Berlin das vornehmste und eigentliche Ziel der anglo-amerikanischen Armeen bildete ...“ (aus Churchills Memoirs). Zum tiefen Bedauern Churchills und Trumans konnten ihre Truppen die Aufgabe nicht erfüllen. Am 16. April 1945 begann die Rote Armee mit der entscheidenden Offensive und befreite Berlin. Am 8. Mai war der Krieg in Europa zu Ende.

Zerstörungen in der Sowjetunion

70.000 Dörfer
1.710 Städte
31.850 Fabriken
65.000 km Eisenbahn
82.000 Schulen
7.700 Krankenhäuser

Die Sowjetunion verlor 20 Millionen Menschen - (die USA im Vergleich dazu 500.000)



Soldaten der Roten Armee sorgen dafür, daß die Berliner Bevölkerung zu essen hat.

30. April 1945: Ein Soldat der Roten Armee hißt die rote Fahne auf dem zerschossenen Reichstag in Berlin.



Noch vor dem brennenden Reichstag erläutert ein sowjetischer Offizier seinen Soldaten die politische Bedeutung des Gebäudes.



Anfang Juli 1945 übernimmt die Rote Armee die Gebiete der sowjetischen Zone, die zeitweilig von englischen und amerikanischen Truppen besetzt war.

Die Rote Armee marschiert in Halle ein!

Vertrauensleute, Antifaschisten!

In wenigen Tagen wird die siegreiche Rote Armee in unsere Stadt einmarschieren.

Alle Betriebe werden zu diesem Ereignis Stellung nehmen.

Was ist sofort zu tun?

1. Erhöhte Wachsamkeit gegenüber allen Faschisten, vom Betriebsführer bis zum Arbeiter.
2. Verhindert alle Sabotageversuche!
3. Verhindert jeden Fluchtversuch der Faschisten!
4. Sorgt dafür, daß alle Betriebe intakt bleiben!
5. Wählt heute schon Delegationen zum Empfang der Roten Armee!
6. Am Tage des Einzugs rote Fahnen über allen Betrieben und Wohnungen!

Trefft sofort alle Maßnahmen!

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Die Bundesleitung

An die Bevölkerung von Gohlis!

Die Rote Armee ist in Leipzig eingezogen!

Damit beginnt für die Antifaschistische Bevölkerung unserer engeren Heimat die Möglichkeit öffentlicher Mithilfe am Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens.

Wir rufen alle, die ehrlich den Nazismus hassten, zu freier und freudiger Mitarbeit auf. Wir wollen uns eine Heimat schaffen, die sauber ist von innen und außen.
Antifaschisten aller Berufe, Männer und Frauen, kommt zu uns! Helft uns, die schwere, aber schöne Aufgabe zu lösen!
Wir brauchen Anstand, Fleiß und Können.

Faschistische Heuchler, wagt es nicht, euch anzubiedern!
Die Zeit der Bonzen und Gesinnungslumpen ist vorbei!

Leipzig, am Tage des Einzuges der Roten Armee.

Der Ausschuß des Antifaschistischen Blocks Gohlis:

Hammer (Gewerkschaftsangehöriger) Dr. Fröbe (Studienrat)
Habel (Meister) Herrmann (Geschäftsführer)
Loni Krause (Hausfrau) Montag (Installateur)
Dr. Moranz (wissenschaftlicher Assistent)

Geschichtslüge Nr. 4:

"In Jalta riß Stalin den Osten Europas an sich."

Die Sowjetunion befand sich noch mitten im Krieg gegen den deutschen Faschismus, als sich westliche Generalstäbler schon Gedanken darüber machten, wie man der Sowjetunion den Frieden diktieren konnte. Kurz nach dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad hatte der Leiter der militärischen Planung der USA, General Handy bemerkt: „Der Sieg im Krieg erweist sich als sinnlos, wenn wir nicht auch den Frieden gewinnen. Wir müssen zum Zeitpunkt der Friedenskonferenz über die notwendigen militärischen Kräfte verfügen, um unsere Forderungen durchzusetzen.“ (8. März 1943). Das Konzept des gegen die Sowjetunion gerichteten „Gleichgewichts der Kräfte“ war geboren.

Mit solchen Überlegungen gingen England und Amerika in die Konferenzen von Jalta (Februar 1944) und Potsdam (Juli 1945).

- Die Frage der polnischen Grenzen wurde beraten. Das Abschlusssommunique hält eindeutig fest, daß Polen „einen beachtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß“. Die vertragliche Regelung sollte bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden - aus dem einfachen

Grund, weil es zu diesem Zeitpunkt keine Regierung für das gesamte Deutschland gab, mit der man einen Friedensvertrag hätte abschließen können. Als Provisorium gedacht war sie nie, sonst hätten die Westmächte wohl kaum die Umsiedlung der Deutschen in den betroffenen Gebieten bindend festgelegt.

- Die Pläne der Westmächte, Deutschland in fünf Separatstaaten zu zersplittern, scheiterten am Widerstand Stalins, der auf einem einheitlichen, demokratischen Deutschland bestand. Eine Friedenskonferenz hat es bis heute noch nicht gegeben, da die Westmächte sofort nach Jalta darangingen, die westlichen Besatzungszonen zum Bollwerk gegen die Sowjetunion zu machen und ein einheitliches, unabhängiges Deutschland verhindert: „... Deutschland ist nicht mehr die herrschende Macht in Europa. Diese ist jetzt Rußland, das über gewaltige Ressourcen verfügt. Deshalb muß man Deutschland mit allen Mitteln festigen, es allmählich wieder aufrichten und in eine Föderation Westeuropas einbeziehen. Da dies alles leider unter der Flagge des heiligen Bündnisses zwischen Britannien, Rußland und Amerika geschehen muß, ist diese Politik ungewöhnlich schwierig ...“ (der englische Feldmarschall Brooke am 27. Juli 1944).

Die Beschlüsse von Jalta und des Potsdamer Abkommens legten für Deutschland eine demokratische Nachkriegsregelung fest, die Wurzeln von Faschismus und Krieg, die deutschen Monopole, sollten zerschlagen, die Rüstungsindustrie und der deutsche Militarismus beseitigt, alle nazistischen Organisationen und Einrichtungen verboten und die Kriegsverbrecher bestraft werden.

Jalta war die Niederlage der Bank- und Konzernherren der westlichen Welt, ihr Griff nach der Sowjetunion war mißlungen. In Jalta wurden den Imperialisten die Grenzen gezogen, mit denen sie sich bis heute noch nicht abgefunden haben.

Was uns die 8. Mai-Propaganda der Reaktion vergessen machen will, ist, daß es die Rote Armee der Sowjetunion war, die die Anti-Hitler-Koalition und die demokratischen Beschlüsse von Jalta und Potsdam auf ihren Schlachtfeldern erkämpft und die Welt vom deutschen Faschismus befreit hatte.

„Jeder Mensch, der die Freiheit liebt, hat der Roten Armee mehr zu verdanken, als er je in seinem Leben bezahlen kann.“

(Ernest Hemingway)

„Ich wurde befreit“

Interview mit Erich Thurm, dem ehemaligen Vorsitzenden der DFG/VK in Nürnberg und München.

Herr Thurm, Sie sagen so einfach, ganz selbstverständlich, Sie seien von der Roten Armee befreit worden, obwohl Sie im April 1945 in russische Gefangenschaft gerieten. In vielen Menschen weckt dieser Gedanke bis heute die dunkelsten Schreckensvorstellungen. Wie kann eine Gefangennahme eine Befreiung sein?

Wie war das, wie ist Ihr Leben bis 1945 verlaufen, so daß Sie zu diesem Ergebnis kommen?

„Ich wohnte damals in Nürnberg, in der Fabrikstraße 14. Die hieß deshalb so im Nürnberger Osten, weil da viele Fabriken waren. U. a. die Fabrik von Kramer und Klett, das waren die beiden Begründer von der Maschinenfabrik Augsburg/Nürnberger MAN gewesen.

Damals 1933 war ich 9 Jahre, und da hat man noch nicht allzuviel mitbe-

kommen von den Veränderungen. Allmählich bekamen wir durch den Stürmer und durch den Schulunterricht mit, daß Juden eine minderwertige Rasse wären, die deshalb zu Recht verfolgt werde

Bei meiner Mutter war es so, daß sie am Anfang vom sogenannten Dritten Reich Anhängerin von Hitler gewesen ist und zwar deshalb, weil sie nach langer Arbeitslosigkeit Arbeit gefunden hat. Meine Tante, die war begeisterte Nationalsozialistin bis zuletzt und auch nach dem Krieg noch, ebenso ihr Mann, mein Onkel. Der war Offizier gewesen und hat die Gelegenheit benutzt, um einen jüdischen Betrieb, wo er als Prokurist tätig war, zu arisieren. Es durfte nach 1935 kein Jude mehr die Leitung von einer Fabrik übernehmen. Mein Onkel hatte damals innerhalb der NSDAP einen großen Posten und hatte natürlich dann die Fabrik bekommen, das war eine Spielzeugfabrik.

Mit der Synagoge, die damals abgebrannt worden ist, begann eigentlich meine innere Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus, wegen der Verfolgung der Juden und Kommunisten hauptsächlich oder wegen ihrer Behandlung. Aber das hat sich noch nicht in Aktivität umgesetzt.

Dann kam die Lehre vom 11. April 39 bis 10. April 42. Ich begann eine Feinmechanikerlehre in der Lehrwerkstätte der Berufsoberschule der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg, das war der offizielle Name. Das war eine Lehrwerkstatt, die 16 bis 18 Lehrlinge gehabt hat. Ich kam rein, weil von der Volksschule die zwei Besten jedes halbe Jahr oder so genommen wurden.

In der Lehrzeit kam dann folgendes. Ein Schreiben der Berufsoberschule der Stadt der Reichsparteitage an meine Mutter: „Nachdem sich Ihr Sohn nach wiederholter Aufforderung von mir noch nicht bei der Hitlerjugend gemeldet hat und auch keine Anstalten

macht, dies zu tun, ersuchen wir Sie, seine Aufnahme innerhalb 8 Tagen veranlassen zu wollen, andernfalls würde sein Bleiben in unserer Lehrwerkstätte unmöglich werden. Heil Hitler, Direktor der Berufsoberschule der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg. Gez. Rudroff."

Berufsoberschule
der Stadt der Reichsparteitage
Nürnberg
Lorenzplatz 27

Fernsprecher: Direktion 2824 050
Sekretariat 2824 957, Kasse 2824 058

Fräulein

Thurm

Nürnberg

Fabriksstr. 14

am 12. März 1940

Nachdem sich Ihr Sohn nach wiederholter Aufforderung von mir noch nicht bei der H.J. gemeldet hat und auch keine Anstalten macht dies zu tun, ersuchen wir Sie seine Aufnahme innerhalb 8 Tagen veranlassen zu wollen, andernfalls würde sein Bleiben in unserer Lehrwerkstätte unmöglich werden.

Heil Hitler!

Direktion der Berufsoberschule
der Stadt der Reichsparteitage

Y. Rudroff

Zu dem Brief kam es folgendermaßen im März 1940. Die Hitlerjugend hatte öfter ihre Sporttage und ihre Versammlungen, und dadurch hatten die Lehrlinge und die Schüler an den betreffenden Tagen frei. Sie mußten freigestellt werden, ebenso von der Schule. Ich war da mal krank gewesen für ein paar Tage. Kam dann wieder rein, nachdem ich gesund war. Das war gerade so ein Tag, wo die Hitlerjugend die übrigen Lehrlinge frei gemacht hat, zu irgend so einem Gaudium. Ich wußte das nicht und kam da sozusagen als Einziger rein und die Meister waren drin und die wunderten sich, daß ich kam. Ich wunderte mich, daß keine anderen Lehrlinge da waren. Jedenfalls stellt sich heraus, daß dieser Gaudium von der Hitlerjugend war. So fragten die mich, ob ich nicht auch dort bin, bei der Hitlerjugend. Ich sage, ich bin nicht bei der Hitlerjugend. Großes Erstaunen, denn dort auf der Berufsoberschule hatte man allgemein angenommen, daß jeder in der Hitlerjugend ist. Dann sollte ich sofort rein. Ich habe mich aber nicht gemeldet. Da wurde nachgefragt, ob ich nicht in der Hitlerjugend bin - nein, immer noch nicht und dann gab es dieses Schreiben an meine Mutter. Meine Mutter hat gemeint, du mußt selber wissen, was du tust, und ich bin dann also nicht rein. Zu dem Zeitpunkt war ich 16 Jahre.

Etwas Wichtiges ist dem vorausgegangen. Ich hatte meine Ausbildung am Schraubstock, und der Lehrling, der neben mir am Schraubstock war, der übte entscheidenden politischen Einfluß auf mich aus. Dieser Junge dort, der hat sich außer für Elektrotechnik auch noch für Radiotechnik interessiert, das kam damals gerade auf. Die Leute bastelten die ersten Radioempfänger, Volksempfänger, und dem schloß ich mich an. Der hat mich ein paar Mal zu sich eingeladen. Er hatte ein Bad in eine Werkstatt umfunktioniert mit Röhren, Verstärker und Empfänger. Genauer gesagt hatte er von seinem Vater die Bastelwerkstatt übernommen. Das war die Familie Frank. Sein Vater war Ingenieur, mein Vater war schon gestorben und ich habe ihn nach seinem Vater gefragt. Erst nach ein paar Monaten



Erich Thurm beim Basteln eines Radios, mit dem er den Moskauer und Londoner Sender hören konnte.

waren wir vertraut und da hatten wir Radio gebastelt und Sender gehört und zwar Moskauer Sender und den Londoner Rundfunk. Was damals schon verboten war. Schließlich hat er gestanden, daß sein Vater nicht in Sidney ist, daß man das bloß der Nachbarschaft sagt, sondern daß er im Gefängnis ist und zwei Jahre Gefängnis hat, wegen Verstoß gegen das Heimtückegesetz, und Heimtücke war damals, weil er den Moskauer und den Londoner Sender gehört hat, und daraufhin ist er von einem Nachbarn angezeigt worden und ist für zwei Jahre ins Gefängnis gekommen.

Auf diese Art, daß wir den Moskauer und Londoner Sender gehört haben, hatten wir also erfahren von Konzentrationslagern, und dadurch hatten wir uns schulen können und auch andere Meinungen, politische Richtungen erfahren, als man sonst in den üblichen Zeitungen und Schulbüchern oder von der Kirche erfahren hat. Ich und mein Freund waren die einzigen aus dieser Lehrwerkstatt, die nicht in der Hitlerjugend waren. Er brauchte nicht in die Hitlerjugend zu gehen, sondern er war wehrunwürdig, weil sein Vater eingesperrt gewesen ist.

In der Zwischenzeit ist dann der 2. Weltkrieg ausgebrochen, sagt man so schön, aber das ist eine unrichtige Bezeichnung. Der 2. Weltkrieg ist vom Zaun gebrochen worden von den Nazis, nicht ausgebrochen wie ein Unwetter.

Meine Mutter wurde dann noch während meiner Lehrzeit, während des Krieges in einen Rüstungsbetrieb verpflichtet und zwar bei der Fa. Diehl, die Granaten herstellte. Und da hat sie 12, 14, später 16 Stunden gearbeitet. Diese Rüstungswerke hatten damals während des Krieges auch Kriegsgefangene beschäftigt, wie die ganzen großen Fabriken auch und politische Gefangene. Die bekamen dort viel Prügel und wenig und schlechtes Essen. Das hat meine Mutter berichtet und damals war bei Mutter schon ein Umschwung und eine Abkehr vom Dritten Reich, wo sie vorher so begeistert war.

Ich habe also 1942 von der Berufsoberschule gehen müssen und habe dann im Rüstungsbetrieb weitergemacht. Durch meinen Freund hatte ich mir viel Kenntnisse in der Rundfunktechnik angeeignet. Es war eine große Radiofabrik in Nürnberg, die Fa. Lumophon-Werke von Bruckner und Stark. Man mußte Mitglied der Deutschen Arbeiterfront sein. Ich war nicht Mitglied der Deutschen Arbeiterfront, obwohl ich ein Mitgliedsbuch habe, aber eine eigenhändige Unterschrift von mir ist nicht drin.

Die Fa. AEG-Telefunken hat dort die ganzen umliegenden Betriebe in Beschlag genommen und hat dort in den Lumophonwerken Rüstungsaufträge für die Deutsche Wehrmacht übernommen, und zwar waren das Funksprechgeräte.

Die haben aber nicht nur Deutsche beschäftigt, sondern zum größten Teil, weil die Deutschen alle eingezogen waren, Kriegsgefangene. Russen, Ukrainer, Polen, Franzosen, Belgier und Engländer. Die sind ziemlich schwer rangenommen worden, besonders die Russen und die Ukrainer. Die bekamen alle die NSV-Kübel da zu essen und viel Schläge. Die NSV-Kübel-Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Im Faschismus war das eine Organisation, die der Landwirtschaft Viehfutter zugeschickt hat. Sie haben neben dem Kehrichtkübel, wo man Staub und Asche reingetan hat, die Küchenabfälle gesammelt, nämlich Kartoffelschalen und Rüben, eben Abfälle, die wurden als Schweinefutter verwendet.

Wir durften eigentlich mit den Gefangenen nicht reden. Nun hatte ich aber dort eine gehobene Stellung als Prüfer und Techniker. Ich konnte meinen Arbeitsplatz öfters verlassen und ging dann öfter bei den Kriegsgefangenen durch die Hallen. Ich hatte als Jugendlicher und Langarbeiter Schwerarbeiterzulagekarten und dadurch stellte ich mich ein bißchen besser mit den Le-

bensmitteln. Nicht gut, aber besser wie die anderen und konnte auf diese Weise öfter mein Vesperbrot den Kriegsgefangenen zustecken. Das habe ich regelmäßig gemacht. Wie ich das wieder einem Ukrainer zugesteckt hatte, ist das beobachtet worden von einem der Meister, und dann haben sie mich am nächsten Tag geschnappt, wie ich wieder ein Vesperbrot verteilt habe. Sie haben mich angezeigt, und innerhalb des Betriebes bin ich dann vom Betriebsrat verurteilt worden zu zwei Jahren KZ. Das war ein betriebliches Verfahren, kein ordentliches Gericht. Die Arbeiterfront und der nationalsozialistische Betriebswart hatten dort über die Betriebsangehörigen ein eigenes nationalsozialistisches Gericht.

Ich kam dann in dasselbe Lager wie die übrigen Kriegsgefangenen dort bei Bruckner und Stark. Es war gleich in der Nähe der Firma. Es wurde von der SS bewacht, mit Wachtürmen und Stacheldraht, und jeden Morgen um 5.00 Uhr mußten wir aufstehen und wurden in den Betrieb geführt. Ich habe also im gleichen Betrieb gearbeitet, aber nicht mehr als „freier Mensch“, der nach Betriebsschluß nach Hause gehen konnte, sondern als Gefangener. Das war ein betriebseigenes Arbeitslager mit politischen und Kriegsgefangenen, das hat den Nazis unterstanden. Die Betriebe haben jeweils 0,50 DM abführen müssen pro Tag für die SS für diese Arbeitskräfte. Dafür haben die Betriebe für Unterkunft gesorgt.

Ich war aber nicht zwei Jahre im KZ, sondern nur August, September und Oktober 1942. Eines Tages kam dann der Betriebsrat wieder und eröffnete mir, daß man in Anbetracht meiner Jugendlichkeit, daß ich noch keine 18 Jahre war, sondern erst 17 Jahre, es nachgesehen hat und mich zur Frontbewährung angemeldet hätte. Ich hätte also jetzt Gelegenheit, meine Tat wieder gutzumachen, und es wäre als falsche Humanitätsduselei angesehen worden, daß ich Kriegsgefangenen Brot gegeben habe und nur meiner jugendlichen Unerfahrenheit vor den Volksfeinden zuzuschreiben gewesen.

Ich bin dann eingezogen worden und zunächst über Budweis an die Ostfront gekommen, ohne daß ich vorher, wie andere Jugendliche, das 18. Lebensjahr erreicht habe. Mußte mich abmelden bei der polizeilichen Meldebehörde am 13. Oktober 1942 zum Wehrdienst Infanterie Ersatzbataillon 302 Budweis, Ersatzreserve 124-T-2-9.

Dort bin ich dann ziemlich schwer genommen worden und nach ein paar Wochen an die Ostfront versetzt. Ich wurde nicht so behandelt wie die anderen Soldaten. Die Budweisereinheit war

zwar eine normale Wehrmachteinheit, aber innerhalb der normalen Wehrmachteinheit waren wir sozusagen Einzelne, die eine Sonderbehandlung bekamen, z.B. auch kein Koppelschloß bekamen und keine Waffen, weil Waffen nur ehrenhafte Menschen tragen. Wir waren noch zur Bewährung, aber es war keine ausgesprochene Bewährungskompanie, wie dem Strafbataillon Nr. 999.

An der Ostfront in der Ukraine wurden wir eingesetzt, um Bunker zu bauen oder Minen zu entschärfen - sozusagen Todeskommando. Der Kommandant von diesem Ostfrontabschnitt war ziemlich berichtigt, das war der General Schörner, von dem ging das Gerücht um, daß unter Schörner viel mehr erschossen oder aufgehängt wurden, wegen Fahnenflucht oder unerlaubter Entfernung von der Truppe, als gefallen sind.

Ich selber kam nicht, da ich zur Bewährung war, zum Schießen. Das war mein Glück, daß ich nie einen Schuß auf Russen abzugeben brauchte und daß mich mein Gewissen nicht belasten mußte. Ich weiß nicht, wie ich mich verhalten hätte, wenn ich als Soldat aufgefördert worden wäre und keine andere Möglichkeit gewesen wäre, um mein Leben zu retten. Aber wahrscheinlich hätte ich mich geweigert. Aber wie gesagt, daß kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Dadurch, daß wir ziemlich schlechtes Essen bekamen, schimmliges Brot, faule Wurst usw. bekamen wir haufenweise Thyphus, Flecktyphus, Paratyphus. Kurzum ich war nicht mehr zu gebrauchen und kam ins Lazarett und zwar zunächst nach Dnepropetrowsk, das liegt in der Ukraine und gehörte damals im Dritten Reich zum Großdeutschen Reich - Ostland.

Da hatten wir ein Radio zur Verfügung gehabt. Dieses Radio hat auch Kurzwellen gehabt und ich habe natürlich wie gewohnt, würde ich fast sagen, auch da Moskau und Radio London gehört, und die anderen Lazarettinsassen haben es auch mitgehört, hatten also nichts dagegen bis auf einen. Der kam dann her, das war so ein Goldfasan von der SA oder SS, hatte das goldene Parteiabzeichen, und der hat gesagt, mach sofort das Radio aus den Feindsender. Da hatte ich gesagt, nein wir wollen hören, was ist, wie die Frontlage ist. Daraufhin hat er gedroht, er wird mich anzeigen, und die andern und ich haben nicht auf ihn gehört. Daraufhin hat er sein goldenes Parteiabzeichen geholt, was wir vorher

nicht wußten. Vorher war er wie ein anderer Verwundeter auch. Und dann hat er noch ein Mal gesagt, wir sollen sofort das Radio ausmachen. Wenn ich den Feindsender weiterhöre, dann zeigt er mich an und wollte weggehen. Einer, der auch dort gewesen ist, Heinz Wirth, der hat sich auf meine Seite geschlagen und diesen Goldfasen mit dem goldenen Parteiabzeichen gedroht: Wenn du den anzeigst, wenn du den verrätst, dann prügeln wir dich windelweich, dann kommst du nicht mehr heil raus hier. Er hat ihn so eingeschüchtert, daß er mich nicht angezeigt hat. Dadurch hatte ich dem Heinz Wirth mehr oder weniger mein Leben zu verdanken. Denn wenn er mich angezeigt hätte, dann wäre ich wie viele andere wahrscheinlich entweder erschossen oder aufgehängt worden.

1943 kam ich ins Lazarett nach Truskawic in Galizien. Dort bin ich dann entlassen worden als nicht ganz geheilt, aber als arbeitsverwendungsfähig und wurde dann in verschiedenen Fabriken eingesetzt.

Am 28. April kam ich in Halbe in russische Gefangenschaft. Das war in einem Keller unten, wo das Lazarettauto hinfuhr. Das verteilte uns auf diese und jene Häuser.

Am 29. April hörten wir, daß wir rauskommen sollten, und dann kam ein russischer Soldat in den Keller runter. Wir gingen dann alle raus mit erhobenen Händen und wurden gefangen genommen. Auf dem Marktplatz von Halbe hatten wir uns aufgestellt. Auch aus den anderen Häusern wurden deutsche Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten, dazugestellt. Wir waren dann so ungefähr 100 oder 150 Soldaten.

Als erstes wurde uns ein Befehl vorgelesen: Daß wir deutsche Soldaten in russischer Gefangenschaft sind. Daß wir ärztliche Behandlung bekommen, soweit das notwendig ist, und nach Kriegsende in die Heimat entlassen werden und daß das internationale Völkerrecht gilt und daß die Rote Armee weiterkämpfen wird bis zur Zerschlagung vom Faschismus. Und dann noch das Wort von Stalin: Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber wird bestehen.

Nach der Vorlesung von diesem Befehl für die Gefangenen, bekamen wir dann zu essen. Der Russe hat Speck ausgeteilt und Brot und dann hatten wir uns zum ersten Mal wieder einigermaßen satt essen können. Dann wurden wir von Halbe aus nach Zossen geschickt.

In Zossen war zunächst mal ein Aufanglager, eine Scheune. Das war vom 29. April bis zum 1. Mai 1945.

Am 5. Mai ging es weiter nach Salow. Dort ist dann ein großes Lager gewesen, das wurde als Kriegsgefangenenlager benützt, ohne Stacheldrahtzaun, das war nur so ein kniehohes Weidenzaun. In diesem Lager hatte man sich einigermaßen erholen können. Es waren Ärzte da. Ein deutscher Arzt war Oberstabsarzt. Der hatte auch die Krankenschwestern und die Sanitäter unter sich. Dann war ein russischer Offizier dort und ein paar russische Soldaten zur Bewachung. In diesem Lazarett habe ich aus all den Volksempfängern und Autobatterien wieder ein betriebsfähiges Rundfunkgerät gemacht. Kurzwelle und Radio Moskau und Radio London gehört. Auf diese Weise habe ich am 8. Mai von der deutschen Kapitulation von Radio London gehört. Großer Jubel bei mir. Wir wußten, daß der Krieg zu Ende war und hatten Hoffnung, daß wir bald heimgehen konnten.

Am nächsten Abend haben dann auch die Russen gefeiert, mit viel Wodka und einem kleinen Feuerwerk. Am Tag darauf kam dann ein russischer Soldat und sagte, der Radiotechniker, der das Radio hat, der soll zum Kommandanten mitkommen.

Ich dachte mir, oweh jetzt geht es mir an den Kragen. Höchstwahrscheinlich ist es nicht gestattet, daß man da einen Empfänger baut. Habe also schon mit meinem letzten Stündlein gerechnet. In Wirklichkeit hat mich der Kommandant sehr freundlich empfangen. Hat gut deutsch gesprochen und sagte mir, was er wollte. Nämlich in einem Raum haben die Deutschen alle Rundfunkge-

räte abgeben müssen, damit sie keine deutschen Sender hören konnten, keine Nazisender zum Durchhalten. Die haben die Röhren vorher alle rausgetan und die Geräte waren also nicht mehr in Ordnung. Der Kommandant wollte, daß ich aus diesen Geräten für ihn ein Gerät zusammenstelle, damit er auch ein Radio hat. In kurzer Zeit habe ich ihm eins zusammengebastelt. Daraufhin hat er mich zu Kaffee und Kuchen eingeladen und sich fotografieren lassen. Der ihn fotografiert hat, das war niemand anders als der Werner Heisenberg, der berühmte Atomphysiker, der auch dort kurzzeitig war. Der Heisenberg hat dann später mit 18 anderen Preisträgern das Göttinger Manifest unterzeichnet gegen die Atombewaffnung.

Dann war da noch das Erlebnis mit dem deutschen Stabsarzt und den Rotkreuzschwestern.

Zwei russische Soldaten haben den Sieg mit zwei Schwestern feiern wollen. Die Schwestern haben Angst gehabt vor ihnen und haben gedacht, die wollen sie vergewaltigen. Haben also die Türe zugesperrt. Die Soldaten sind eine Zeitlang draußen gestanden und haben immer wieder geklopft. Dann sind die Soldaten wieder abgezogen. Die Krankenschwestern haben sich dann beschwert bei dem deutschen Oberstabsarzt. Der deutsche Oberstabsarzt hat gesagt, er weiß gar nicht, was sie wollen, daß sie sich beschweren wollen. Er geht jedenfalls nicht zum Kommandanten. Sie, die Schwestern, mußten doch wissen, daß sie für die Russen nur Freiwild seien. Das hat ein deutscher Sanitätsgefreiter mitgehört



Sowjetischer Lagerkommandant im Lager Salow

und hat gesagt, wenn Sie zu feige sind, zum Kommandanten zu gehen, dann gehe ich. Und während der Zeit, wo sich der Kommandant fotografieren hat lassen und wo ich mit dem Kommandanten Kaffee getrunken habe, ist also dieser Sanitätsgefreite reingekommen und hat den Vorfall gemeldet und daß der Oberstabsarzt das nicht melden wollte. Der russische Kommandant hat dann den Oberstabsarzt zu sich befohlen. Hat ihm eine Strafpredigt gehalten und gefragt, warum er das nicht melden wollte. Er reißt niemandem den Kopf ab. Schließlich, die Russen sind keine Untermenschen, wie ihr immer glaubt und die russischen Soldaten dürfen natürlich die deutschen Rotkreuzschwestern nicht belästigen. Er hat den Soldaten später einen strengen Verweis gegeben.

Dann hat sich der Lagerkommandant mit dem deutschen Arzt unterhalten über Sauerbruch, wo der Oberarzt nichts gewußt hat. Ein deutscher Arzt kennt Sauerbruch nicht! Und dann über Kant. Weil der deutsche Arzt gesagt hat, er sei aus Königsberg - aha die Stadt von Kant, „kategorischen Imperativ“ und „Kritik der reinen Ver-

nunft“ usw., und das waren für den deutschen Stabsarzt alles böhmische Dörfer. Wußte also nichts über Kant. Dann hat ihm der russische Lagerkommandant das erklärt. Der russische Lagerkommandant hat dann gesagt, er hat Germanistik studiert und Philosophie.

Am 1.7. ging es nach Rüdersdorf. Rüdersdorf liegt östlich von Berlin. Das war nun ein sehr großes Gefangenelager und am 3.7. sind wir dort angekommen. Dort waren 40.000 Gefangene. Dort war dann viel Stacheldraht und viel Bewachung. Zum Teil war SS dabei und die SSler sind zu Arbeiten herangezogen worden. Allerdings zu leichten Arbeiten, so Küchenarbeiten, Kartoffelschälen und so Sachen.

In Rüdersdorf kam dann auch das Rundfunksymphonieorchester vom Berliner Rundfunk und die spielten dann für die deutschen Kriegsgefangenen und ebenso das Opernorchester. Da hörten wir zum ersten Mal, wer sich dafür interessierte, Symphoniekonzerte und Opern.

Eine Bibliothek war auch da. Dort habe ich zum ersten Mal den Faust

gelesen.

Dann ist dort auch noch eine Antifaschistische Gruppe gewesen, also eine antifaschistische Gruppe innerhalb der Kriegsgefangenen. Die habe ich auch ein paar Mal besucht und habe Vorträge und Vorlesungen mitgehalten. Ich war damals noch in der Jugendgruppe. Ich war 19 Jahre. Also ich habe meine Gefangenenschaft als Befreiung empfunden.

Man hatte Hoffnung, daß man bald wieder nach Hause kam und diese Hoffnung erfüllte sich dann auch bald.

Am 21. August kam ein Tagesbefehl von Stalin und der hieß: Aus Anlaß des Kriegsendes mit Japan befehle ich, ab sofort sind sämtliche deutsche Kriegsgefangenen, die sich keiner Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, in ihre Heimatorte zu entlassen. An diesem 21. August sind 20.000 Kriegsgefangene entlassen worden bis auf die SS.

Am nächsten Tag bin ich dann zur Untersuchung gekommen und habe dann den Entlassungsschein bekommen, das war also am 22.8.1945.

Literaturhinweise

„Nackt unter Wölfen“, Bruno Apitz, Röderberg-Verlag DM 14,80

„Das Blockadebuch-Leningrad“, Ales Adamowitsch/Danil Granin, Verlag Volk und Welt, DM 11,80

„Die Kriegsgefangenen“, Berthold Brecht, Eulenspiegel-Verlag, DM 17,50

„Dachau und das Gras wächst“, Luis Köckert, Verlag Das Freie Buch, DM 13,80.

„Merci, Kamerad“, „Roter Schnee“, „Schlußakkord“, Günter Hofe, Röderberg-Verlag, DM 11,80, 14,00 und 14,80

„Stalingrad“, Theodor Plivier, Kiepenheuer und Witsch, DM 26,00

„Geschichtsfälscher, Eine historische Richtigstellung“, Informationsbüro der UdSSR, Verlag Das Freie Buch, DM 3,00

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 12,-
☐ ein Förderabonnement DM 20,-

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postscheckkonto Jacobi
München 288265-809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Keine Feier ohne Geier

Über Gehalt und Zweck der 40. Jahrestag-Propaganda

Wer bei Herrn Löwenthal nicht sofort abschaltet, kann ein „hoppla-aha-Erlebnis“ vermittelt bekommen. Das Bindeglied zwischen CSU und faschistischen Organisationen, seines Zeichens Kolumnist der Zeitschrift „Deutschland-Magazin“ spricht Überraschendes: „Da ohne die Niederlage des Nazi-Systems der Weg der demokratischen Neuorientierung wenigstens des westlichen Teils Deutschlands niemals möglich geworden wäre, muß man den 8. Mai folgerichtig als einen Tag der Befreiung ansehen.“

Hoppla: Die gesamte Rechte spricht von Zusammenbruch und Niederlage, von Vertreibung und Terror gegen die Deutschen und ausgerechnet Löwenthal benutzt den Begriff „Befreiung“, wobei nicht einmal die SPD-Linke diesen Terminus innerhalb ihrer Partei durchsetzen konnte.

Dabei hatte Dregger (üblicherweise doch gar nicht so weit von Löwenthal entfernt) die Stroßrichtung klar vorgegeben: diesen Jahrestag kann man nicht als Befreiung feiern, weil die Niederlage Hitlers gleichzeitig der „Sieg Stalins“ war. Der Weltkrieg II Hauptmann weiß, wovon er spricht, schließlich stand er am 8. Mai 1945 mit seinem Bataillon noch immer in der Stadt Marklissa in Schlesien und hoffte bis zur letzten Patrone, durch ein „Abkommen mit den Westmächten ... die Auslieferung Ost- und Mitteleuropas an die Sowjetunion“ zu verhindern.

Überraschenderweise liegt jedoch nicht Löwenthal außerhalb der Hauptkampflinie (um mich für Dregger verständlich auszudrücken), sondern Alfred Dregger ist nicht mehr ganz up to date. Mit den Weisheiten von Dregger und seinen politischen Freunden in den Vertriebenenverbänden lassen sich vielleicht Alt- und Neunazis ansprechen (der 8. Mai ist wieder einmal Anlaß, Greuelpropaganda in die Rechtspresse zu setzen: der frauenvergewaltigende bolschewistische Untermensch gegen den heldenhaften deutschen Landsder, der unter Einsatz seines Lebens fliehende Frauen und Kinder schützt ...), um jedoch breitere Kreise für sich einzunehmen, ist Dreggers Darstellung zu sehr vom Krieg zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion geprägt, zu sehr geprägt von der



ZDF-Moderator Löwenthal: „Ein Tag der Befreiung“

klaren Gegenüberstellung der damaligen Situation: Faschismus gegen Kommunismus. Dregger hat nie einen Zweifel daran gelassen, auf welche Seite er sich auch in Zukunft zu stellen gedenkt; seine Sympathie für den Faschismus scheint zu deutlich durch. Nicht so Gerhard Löwenthal, er trennt den Begriff der Befreiung von der Frage „wer durch wen“ und kann dann zu neuen Taten schreiten: „Da dieses Ereignis aber mit so viel Blut, Zerstörung, Not und Elend verbunden war und eben nur einem Teil der Deutschen und der von Hitler unterjochten Völker Europas Freiheit und Selbstbestimmung wiedergab, kann es kein Tag von glücklichen Feiern sein. Es muß ein Tag der Besinnung sein, des Zurückblickens gewiß, aber auch des Vorwärtsschauens. Des Bewußtmachens der Zukunft und der Verpflichtung auf die entschlossene Verteidigung der Freiheit, damit jene, die heute noch nicht in Freiheit leben können, die Hoffnung nicht verlieren, eines Tages auch die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung zu erringen.“

Aha: So rüber läuft der Hase: Westdeutschland, sprich die BRD ist befreit, und die DDR geht noch ab. Fast möchte ich lachen über diese Absurdität. Ausgerechnet der 8. Mai soll Anlaß sein, über die „Befreiung“ der DDR, Schlesiens und vielleicht noch einiger Teile der Sowjetunion nachzudenken, war es doch gerade das große Werk der jungen Sowjetunion, die Welt vom Gierschlund des deutschen Faschismus befreit zu haben.

Doch dann bleibt mir das Lachen im Halse stecken. Wer weiß denn noch, daß die Rote Armee unter unglaublichen Verlusten die Armee der Faschisten aufgerieben hat und der Kriegsgewinnler USA die Westfront erst eröffnete, als es darum ging, die Russen nicht auch noch Paris befreien zu lassen. Ist es in den Köpfen vieler Menschen nicht so, daß die Amerikaner Westdeutschland befreit und die Russen Ostdeutschland besetzt haben? Welche Vorstellung existiert denn von der Roten Armee? Daß sie die Faschisten niederrang, oder daß sie Blut und Terror über Deutschland brachte?

Seit wann sind die Rechten Antifaschisten?

Dabei ist Löwenthal gar nicht der erste, der auf diese Wendung der Geschichte kommt. Bereits vor Jahren traute sich Lothar Späth in einem Konzentrationslager zu sagen, daß die besondere historische Verantwortung der Deutschen vor ihrer Geschichte darin bestehe, daß sie gegen jeden Totalitarismus auf der ganzen Welt Front machen müßten.

Distanzierung der Rechten vom Faschismus ist nichts Neues. Neu ist jedoch, wie die Rechten beim Thema Faschismus in die Offensive gehen, sich als Widerstandskämpfer ausgeben - „die CDU hat keine Komplexe ... sie ist aus dem Widerstand hervorgegangen“ (CDU-Parteisprecher Tiesenhäuser zum Thema 8. Mai) - und Hetze betreiben gegen die tatsächlichen Antifaschisten. Reihenweise wird gerade

von rechtesten Politikern den Linken eine „Nähe“ zum Faschismus vorgeworfen, von Geißler (der Pazifismus trägt die eigentliche Schuld an der Machtergreifung des Faschismus) bis Czaja, MdB und Funktionär des Schlesierverbandes, der den Fragen eines österreichischen Journalisten in der Sendung „Schlag auf Schlag“ mit dem „Das-erinnert-mich-an-den-Faschismus“-Vorwurf entgegnete und damit für seine erste aus dem Schneider war. Ausgerechnet der.

Demonstranten werden mit der marschierenden SA verglichen, es wird gesagt, daß sie „die besten Söhne von Hitler und Göbbels“ (Strauß) seien. Die Grünen sind fast wöchentlich einem neuen „Das-erinnert-mich-an-den-Faschismus“-Vorwurf ausgesetzt. Selbst

Hans Dietrich Genscher blieb von diesem Vorwurf nicht verschont. Als Genscher in der Schlesier-Auseinandersetzung auf Hupkas Geburtsland Ceylon hinwies, kam dessen Konter: „Wenn einem nichts mehr einfällt, muß man in der Ahnengeschichte nachfassen. Das kennen wir schon unter den Nazis. Das machen heute manche Linksinstrukturelle mit anderen Vorzeichen nicht anders.“

Strauß selbst, bekanntlich mit den besten Kontakten zu faschistischen Banden im In- und Ausland, hat die Grundlage für diese Angriffe gelegt. Im Herbst 1979 brachte er die „Links = Rechts“-Lüge zusammen mit Stoiber zentral in den Wahlkampf ein: „Nationalsozialisten waren in erster Linie Sozialisten“. Straußens „Historiker-Kollege“ und Rechtsaußen-CSU-MdB Prof. Manfred Abelein bestellte dann beim „Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages“ ein Gutachten über „sozialistische Elemente in der NS-Bewegung“ und kam - wie nicht anders zu erwarten - zu dem Schluß, daß die NSDAP eine „genuin linke Bewegung“ gewesen sei.

Die „Links=Rechts“-Lüge ist heute eine gängige politische Verdrehung. Daß Strauß, Stoiber und Abelein mit solchen „Analysen“ kein lautes Lachen erzeugten, liegt an dem mangelnden Wissen über die Hintergründe des Faschismus. Erinnerungen an die Grausamkeiten des Krieges, die Verbrechen der Nazis und das Flehen, daß eine solche Zeit nicht wiederkomme, reichen eben nicht. Wenn man nicht klar sieht, daß diese deutsche Geschichte nur deshalb passieren konnte, weil die Nazis ein Programm für die Krise der deutschen Kapitalisten hatten und nur deswegen von der deutschen Wirtschaft zu Führern des deutschen Volkes gekürt wurden, kann der Begriff „Faschist“ gegen jeden eingesetzt werden.

Adolf Hitler, die deutsche Wirtschaft nach dem Krieg (1944):

„Die schöpferische Kraft gestaltet nicht nur, sondern nimmt auch dann das Gestaltete in ihre Verwaltung. Das ist der Ursprung dessen, was wir mit dem Begriff Privatkapital oder Privatbesitz oder Privateigentum überhaupt bezeichnen. ... Die alleinige Voraussetzung für jede wirkliche Höherentwicklung, ja, für die Weiterentwicklung der ganzen Menschheit, sehe ich in der Förderung der privaten Initiative. Wenn dieser Krieg mit unserem Sieg entschieden ist, dann wird die Privatinitiative der deutschen Wirtschaft ihre größte Epoche erleben! ... Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es mir überhaupt ermöglichten, die (Kriegs-) Aufgabe zu erfüllen. Sie müssen aber als meinen höchsten Dank etwas entgegennehmen, nämlich das Versprechen, daß meine Dankbarkeit sich auch später immer wieder zeigen wird und daß keiner auftreten kann im deutschen Volk, der mir sagen kann, ich hätte mein Programm je verletzt. Das heißt, wenn ich Ihnen sage, daß die deutsche Wirtschaft nach diesem Krieg ihre größte Blüte, vielleicht aller Zeiten, erleben wird, dann müssen Sie das auch als ein Versprechen auffassen, das eines Tages seine Einlösung finden wird.“

Zitat aus Klassenbuch 3, Einlesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1920 - 1971. Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger und anderen.

Hitler sagt damit klar, daß sein Hauptbestreben die Profite für die Unternehmer waren. Diesen Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapital muß Strauß unterschlagen, würden sich

doch sonst ganz handfeste Vergleiche zwischen Hitler und Strauß ergeben. Deshalb spricht Strauß in seiner letzten Faschismus-„Analyse“ von einem Ausrutscher der deutschen Geschichte und charakterisiert den Faschismus als eine Ansammlung von 50.000 Verbrechen - losgelöst von der Frage, wer den Faschismus brauchte, bezahlte und installierte.

Alles was auf -ismus endet ...

Mit solch einer Vorarbeit fällt es Späth und Löwenthal leicht, in die Offensive zu gehen, denn wo die „Verbrecher“ heute zu finden sind, wissen sie genau. Innenpolitisch wird der „Straßenterror“ (oder auch „der Versuch, Politik von der Straße zu beeinflussen“) mit der SA gleichgesetzt. Außenpolitisch ist auch bereits klar, wo die Front zwischen „Gut und Böse“ (Reagan) verläuft.

Allen historischen Fakten widersprechend wird dann die Gleichung: Faschismus = Totalitarismus = Kommunismus aufgestellt und wir sind bei den Thesen von Späth und Löwenthal, daß nachdem der Faschismus nun besiegt ist, der Sieg über den Kommunismus noch aussteht und daß der 8. Mai hierfür der richtige Gedenktag sei.

Die Begriffsverwirrung wird perfekt, wenn man aus Straußens Mund zum Thema 8. Mai und Grenzen von 1937 den Begriff der „Freundschaft zwischen den Völkern“ hört. In einem Artikel im „Deutschen Ostlanddienst“ (dem zentralen Organ der Vertriebenen-Verbände) distanziert sich Strauß von der Vertriebenen-Gräueltat-Kampagne der Vertriebenen, sagt dann aber klar, wie er zu den Grenzen von 1937



steht und demonstriert, wie man heute zeitgemäß argumentiert:

„In diesen Wochen sind wir deshalb aufgerufen, der Opfer jener dunklen Tage deutscher Geschichte zu gedenken. Dies ist für uns aber nicht Anlaß, nach mehr als einem Menschenalter alte Wunden aufzureißen, anzuklagen und Schuld gegen Schuld aufzurechnen. ... Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Aussöhnung und zur umfassenden Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas. Der Preis dafür darf aber niemals der Verzicht auf die geschichtliche Wahrheit und auf unsere unbestreitbaren Rechtspositionen sein. Deshalb muß immer wieder mit aller Klarheit und Entschiedenheit betont werden, was Recht ist. Das Deutsche Reich besteht völkerrechtlich in den Grenzen von 1937 fort. Daran können auch die Ostverträge nichts ändern. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß die Deutschen im Osten mit den dortigen Völkern über viele Generationen hinweg im besten Einvernehmen und Miteinander gelebt hatten. Der Haß kam nicht durch die Völker, sondern durch unmenschliche Systeme, nämlich den verbrecherischen Nationalsozialismus, unter dem nicht nur Deutschland zu leiden hatte, und den Kommunismus, der die Völker Ost- und Ostmitteleuropas heute noch knechtet. Der endgültigen Aussöhnung steht heute die Unfreiheit im Wege, Recht und Freiheit aber gehören zusammen.“

An anderer Stelle wies Strauß darauf hin, daß die Vertriebenen gar nicht in die Ostgebiete zurückwollen. Strauß stellt sich die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 nicht als neue deutsche Besiedelungskampagne im Osten vor (bekanntlich sterben die Deutschen eher aus, als daß man von mangelndem Lebensraum sprechen könnte). In der Schlesien-Auseinandersetzung stellte er deshalb das Motto „ein freies Schlesien in einem freien Europa“ als seine Alternative für den Schlesiertag dar. Damit machte er klar, daß die Polen nicht vertrieben, sondern befreit werden sollen, von den Grenzen, die sie vom „freien Westen“ trennen. Diese Verteilung ehemaliger deutsch-schlesischer Höfe an Polen paßt den Deutsch-Schlesiern gar nicht, läßt sich aber nicht umgehen.

Eine „Generalstabsarbeit, die in den Osten hineinwirkt“ (Strauß) ist nicht zu leisten, wenn man den zu Befreien den die Wegnahme ihrer Gebiete anbietet. Bündnispartner im Feindesland sind so nicht zu gewinnen (und deswegen kann Dregger auch nicht General werden).

Pressemeldung vom 8. April 1934:

„Die diesjährige Malplakette der Nationalen Arbeitsfront trägt neben einem Goethekopf und dem Adler mit Hakenkreuz auch die bolschewistischen Symbole Hammer und Sichel, offenbar um auf diese Weise die dem Regime immer noch abfeindend gegenüberstehenden Arbeiter zu gewinnen.“



Montage: Heartfield

Strauß als Völkerfreund?

Welche Freunde Strauß wirklich hat, demonstrierte er gerade zum 40. Jahrestag mit der Einladung Stroessners. An den Fingern des Chefs der Militärdiktatur Paraguays klebt das Blut des paraguayischen Volkes, das Blut der Arbeiter, die in den Betrieben zu Tode geschunden werden, das Blut der Demokraten, die in Stroessners Folterkammern gequält und gemordet werden. Unter Stroessners Schutz kann sich ein KZ-Arzt Mengele tummeln, der als einer der brutalsten Menschen-schlächter Hitlers in die Geschichte einging und heute noch immer Geld aus seiner Fabrik im bayerischen Ginzburg erhält. (Eine Untersuchung läßt das Steuergeheimnis nicht zu - so die bayerische Staatsregierung). Es ist genau die Art Menschenfreundlichkeit eines Herrn Strauß oder Stroessner, die den 74-jährigen Mengele vor unangenehmen Nachforschungen schützt, dem Mörder ein angenehmes Leben sichert. Zwar steht das Besuchsprogramm Stroessners noch nicht ganz fest, eins ist aber bereits sicher, nach München wird er kommen (so das vom Strauß-Freund Heinz Aigner geführte Institut für deutsch-paraguayische Be-

ziehungen). Freunde wie Stroessner hat Strauß überall auf der Welt, doch sind das nicht die Freunde der Völker, Was will er also mit diesem Begriff?

Völkerfreundschaft als Argument für eine Eroberung des Ostens? „Befreiung“ als Sturmparole für die neue deutsche Wehrmacht? „Für ein freies Schlesien in einem freien Europa“ - was braut sich da zusammen?

Alte und neue Revanchisten treffen sich hier wieder. Sowenig sich Dregger mit dem Gedanken anfreunden kann, daß das deutsche Volk vor 40 Jahren von einer Armee befreit wurde, die von Arbeitern und Bauern geführt wurde, so sehr stimmt er dann doch mit den Konsequenzen Löwenthals überein, daß heute die deutschen Brüder im Osten befreit werden müssen. Dementsprechend wirft er Hitler in seinem neuesten Buch „Der Preis der Freiheit“ vor: „Daß dieser Krieg von Hitler zu dem nicht als Befreiungs-, sondern als Eroberungskrieg konzipiert wurde, war ebenso dumm wie verbrecherisch.“

Abgesehen von der perversen Vorstellung, Hitler und der Faschismus hätten irgend ein Volk befreien können (dafür hat Dregger wohl bis zur letzten Stunde ausgehalten), zeigt Dregger hier die

Richtung auf, wie die Rechten heute glauben, es besser machen zu können als Hitler damals.

„Befreiung“ ist der Schlachtruf der Reaktion an diesem 8. Mai. Da die alten Begriffe nur im kleinen Kreis der Faschisten ziehen, müssen weitere her: „Befreiung der Völker“, „Kampf dem Totalitarismus“, „Menschenrechte“. Wer's nicht glaubt, soll in der Geschichte nachlesen. Auch Hitler und seine Banden mußten in demagogischer Weise massenwirksame Lösungen propagieren. „Brechung der Zinsknechtschaft“ entstammt ihrem Programm „Sozialismus“ nahmen sie sogar in ihren Namen auf. Die Begriffe haben sich geändert, die Methode nicht.

Wissen ist Macht

Leider stehen heute viele Linke dem „Das-erinnert-mich-an-den-Faschismus“-Vorwurf machtlos gegenüber und bieten ein hilfloses Bild. Auch die Großveranstaltung der SPD in Nürnberg zum 8. Mai (Tenor: „Ende der Gewaltherrschaft - nie wieder Faschismus“) kann der Demagogie der Rechten nichts entgegensetzen. Wenn immer nur die Brutalität von Krieg und Faschismus aufgezeigt wird, nicht aber die Kalkülhaftigkeit der Kapitalisten und Kriegsgewinnler, die den Faschismus brauchen, nicht die Methoden der Geschichtsfälscher, die ihre Politik gegenüber der Bevölkerung verschleiern wollen, dann kann die Gefahr von Faschismus und Krieg nicht gebannt werden.

Dabei steht die Reaktion auf wackligen Beinen, gerade weil sie lügt, daß sich die Balken biegen. Der 8. Mai ist nicht der Tag der Reaktion, es ist unser Tag, weil es der Sieg war eines Staats und einer Armee von Arbeitern und Bauern gegen den deutschen Imperialismus in Form des Hitler-Faschismus, der sich anschickte, die ganze Welt in seinen Besitz zu nehmen. Heute fühlen sich die Bosse von Banken und Industrie wieder stark, so stark, daß sie glauben, den 8. Mai für ihre Propaganda offensiv nutzen zu können. Ihnen und uns ihre schlimmste Geschichte und ihre schlimmste Niederlage vor Augen zu führen, sollte uns helfen, den Gegner und die Gefahr auch heute richtig zu benennen.

Wenn Strauß Demokraten als Faschisten beschimpft und gleichzeitig einen Vertreter seines internationalen Freundeskreises, den Diktator Paraguays einlädt, ist sein Völkerfreundschaftsgehebe verwundbar wie ein prall gefüllter Luftballon. Man muß ihn jedoch angreifen und darf ihn nicht verharmlosen. Wenn Strauß Milliardenkredite an

die DDR gibt und von Freundschaft zwischen Völkern redet, darf man nicht glauben, „Strauß sei politisch gereift“ (Vogel), er sei zu den „realistischen Teilen des Kapitals“ übergelaufen (DKP) oder habe seine „Zähne verloren“ (Rothemund). Strauß selbst hat auf dem Parteitag '84 gesagt: Mit der Intervention in der DDR „habe ich keine Änderung meiner Gesinnung oder meiner politischen Einstellung verbunden ... Das muß einmal gesagt werden.“ „Ich bin nur flexibler geworden in der Wahl der Mittel“. Strauß will den Machtbereich der Sowjetunion zersetzen, das ist die Vorbereitung für das, was Strauß unter der Wiedervereinigung in den Grenzen von 37 versteht. Der rigorose Ausschluss von Thomas Finke aus CDU und Schlesierverband (Finke hatte im „Schlesier“ am 8.2.85 das Bild einer nach Osten vorstoßenden Bundeswehr ausgemalt, die auf keinen nennenswerten Widerstand trifft und so Deutschland in den Grenzen von 37 wiederherstellt) ist wohl darauf zurückzuführen, daß er nicht nur zu Ende gedacht hat, was Strauß und Hupka immer offen lassen. Es ist ein Widerspruch, wenn Strauß und Hupka auf den Grenzen von 37 bestehen und gleichzeitig „Krieg als Mittel der Politik“ ausschließen. Kein vernünftiger Mensch kann sich vorstellen, daß eine Wiedervereinigung in „Friede und Freiheit“ unter den gegebenen Machtverhältnissen friedlich ablaufen kann. Also hat Finke diesen Widerspruch aufgelöst und Strauß explizit interpretiert: „Lediglich in Polen und in der Tschechoslowakei leisteten Teile der Streitkräfte Widerstand, der jedoch

bald gebrochen war. Sowjetische Truppen räumten sogar das sowjetisch verwaltete Ostpreußen und Mecklenburg wie auch die Karpaten-Ukraine. Der Tag der deutschen Wiedervereinigung war gekommen - ohne Krieg! Die Lösung der deutschen Frage hängt im wesentlichen davon ab, wie stark oder wie schwach die Sowjetunion ist; der bayrische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß umschrieb diese Tatsache einmal mit folgenden Worten: „Der Schlüssel zur deutschen Frage liegt in Moskau.“ Solange die Sowjetunion innenpolitisch stabil und außenpolitisch militärisch stark ist, ist eine Lösung der deutschen Frage im Sinne der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich. Es muß daher ein wichtiges Anliegen jeder Bundesregierung sein, das Sowjetimperium mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu schwächen und nicht wie bisher zu stabilisieren.“ Die Lösung einer bewußt offen gehaltenen Frage herauszuplaudern, bevor Strauß die Zeit für reif hält, war wohl der politische Todesstoß für den etwas ungeschickten Thomas Finke.

Gleichzeitig hat die Reaktion uns gezeigt, für wie verletzlich sie sich hält, wenn man ihre Taktik durchschaut. Wer die deutsche Geschichte kennt, dem kann Strauß'sche Demagogie nichts anhaben. Verdummung ist die Taktik der Reaktion - Wissen ist Macht - Erinnern wir uns der tatsächlichen Geschichte des 8. Mai 1945.

(Damit einige Zeit später nicht jemand sagen kann, Straußens Bewegung zur Rettung der Völker des Ostens war eine genuine linke Befreiungsbewegung)



Vergaß nicht: mancher konnte nicht sitzen!
Daß die hier sitzen könnten, dankt mehr sie,
Und nun vergaß auch nicht, daß einige nie
Und lernt aus Lärm und Verwirrung nie!
(aus AB-Friedenshoff)

Strauß in Aktion



Von Strauß eingeladen: Stroessner

Ein Faschist ist willkommenen Gast

In der letzten Nummer des Bayernkurier begründet der Lateinamerika-Experte der CSU, Hans Graf Huyn, warum der paraguayische Präsident, der Faschist Stroessner so willkommen ist: „Er ist ein Freund der von Reagan regierten Vereinigten Staaten und der erbitterteste Antikommunist in Lateinamerika. Er hält Paraguay seit über 30 Jahren frei von all den moskau- und havannagesteuerten blutigen Umstürzbewegungen ... Amnesty International hat in Paraguay Anfang der siebziger Jahre 100 politische Gefangene festgestellt. Heute ist die Zahl der politischen (kommunistischen) Häftlinge deutlich geringer. Sollte Stroessner eines Arbeitsbesuches nicht würdig sein?“



Das bayerische Günzburg ist die Stadt der Mengeles. Von dort wird der KZ-Schlächter mit Geld versorgt.

Das ist der Grund für Strauß, seinen Plan umzusetzen, Stroessner, unter dessen Schutz der meistgesuchte Verbrecher, der KZ-Mörder Mengele lebt, offiziell in die BRD einladen zu lassen, und zwar 40 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Im wahrsten Sinne des Wortes will Strauß den Faschisten salonfähig machen. Und wie kriegt er ihn in den Salon des Bundeskanzlers?

1. 1983 wird ein „Institut für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung“ gegründet mit dem erklärten Ziel, Stroessner nach Bonn zu holen. In diesem Verein hockt auch Bayerns einstiger Regierungschef Goppel.

2. Gegen den Willen von Genscher, der als Außenminister Staatsgäste einzuladen hat, setzt Strauß bei Kohl die Einladung durch.

3. Erst bei seinem Besuch in Israel im Frühjahr 85 will Strauß erfahren haben, daß die Familie des Massenmörders Mengele im bayrischen Günzburg eine Landmaschinenfabrik betreibt. Er wurde gebeten zu überprüfen, ob die Familie das Leben und die Freiheit Josef Mengeles in Paraguay über Schweizer Konten finanziert. Aus Gründen des Steuergeheimnisses sei eine Untersuchung nicht zulässig, ließ die bayerische Staatskanzlei mitteilen.

Letzte Meldung aus Paraguay: Mengele sei nicht mehr dort. Stroessner: „Sollte er noch hier sein - was ich verneine - hat die paraguayische Polizei Anweisung ihn festzunehmen ... Sie hätte ihn im übrigen schon lange gefunden.“

Dann steht einem unbelasteten Familientreffen ja nichts mehr im Wege: „Alfredo Stroessner wird in der Heimat seiner Vorfahren empfangen werden.“ (Bayernkurier, 15/85)

Strauß und die SS

Auf eine Forderung der VVN, Strauß solle das SS-Treffen in Nesselwang verbieten, antwortete die Staatskanzlei: daß „er (Strauß) die wahnwitzige, verbrecherische Politik Hitlers ... auf's schärfste verurteilt“, das Auftreten von Kameradschaftsverbänden ehemaliger SS-Einheiten sei „gegenüber den Opfern dieser Politik mit Sicherheit Zynismus“. Jedoch auch für diese Art von Zynismus gelte die im Grundgesetz verankerte Meinungsfreiheit. Dann ist alles in Ordnung!

Die SS kann ihre Provokation zum Jahrestag ihrer Niederlage durchziehen. Strauß hat sich angesichts weltweiter Proteste distanziert. Seine Worte hat er freilich nicht zurückgenommen: „Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzten Verbände der Waffen-SS denke wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen.“

Nazis bauten für die CSU

Strauß eröffnete seine diesjährige Aschermittwochsrede in Passau mit den stolzen Worten: „Wir sind Gott sei Dank in der Lage, diese große Nibelungenhalle, die von unseren Vorvätern wohlweislich (!) für diesen Zweck wohl geschaffen worden ist, mit unserer Aschmittwochskundgebung füllen zu können.“

„Geschaffen“ wurde die Halle mit dem typischen Namen von den Nazis zum Zwecke großer Auftritte von Hitler und anderer Parteirednern. Von, wie Strauß sie bezeichnet, seinen „Vorvätern“.

Das Telegramm aus München

Zum 55. Geburtstag bekam Kohl von Strauß gesalzene Glückwünsche ins Kurhotel geschickt.

Nach maßvollem Lob für eine „gute Halbjahresbilanz“ wurde Kohl darin gewarnt, sich „zur Selbstgefälligkeit verleiten“ zu lassen. Dem so in seine Grenzen Verwiesenen sichert Strauß obendrein noch den „Rückhalt aus Bayern für eine gute (!) Politik“ zu. Falls Kohl im Kurhotel jemanden dabei hatte der ihm das „Glückwunsch“-telegramm erklärt hat, wird ihm sicherlich das Grinsen vergangen sein.

So unwahrscheinlich nicht

Der bundesrepublikanischen Justiz ist ein erfahrener und entschlossener Richter durch einen Bombenangriff im Jahr 1945 verlorengegangen. Deshalb bezieht die Witwe des Blutrichters und Präsidenten des Volksgerichtshofes Roland Freisler heute außer ihrer Witwenrente einige 100,- DM „Schadensausgleich“ vom bayrischen Staat (Landesversorgungsamt). Begründet wird diese Zahlung vom bayrischen Sozialministerium damit, daß Freisler nach 1945 „Rechtsanwalt oder Beamter höheren Dienstes“ hätte werden können, „zumal da eine Amnestie oder ein zeitlich begrenztes Berufsverbot in Betracht zu ziehen sind“ (zitiert nach SZ vom 13.02.85). Qualifiziert hat sich Freisler durch tausende von Todesurteilen (allein im Jahr 1942 verkündete er 1.142 Todesurteile) und durch seine Teilnahme an der Wannseekonferenz, auf der 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde.

Die Vermutung, daß Freisler in diesem Staat wieder zu Amt und Würden gekommen wäre, ist nicht so abwegig.



Blutrichter Freisler (rechts): 5214 Menschen zum Tode verurteilt.

Die Liste ähnlich qualifizierter Richter, die jahrelang in der BRD „Recht“ gesprochen haben, ist lang. (Daß sie es heute nicht mehr tun ist lediglich ein biologisches Problem.)

Hier nur einige Beispiele:

- Otto Rathmeyer, Landgerichtsrat in Landhut bis 1968, ehem. Staatsanwalt beim Volksgerichtshof, mehr als 78 Todesurteile;
- Edmund Stark, Landgerichtsdirektor in Ravensburg bis 1968, ehem. Ankläger beim Volksgerichtshof, mindestens 50 Todesurteile;
- Gustav Strödter, Amtsgerichtsdirektor in Wetzlar bis 1974, ehem. Ermittlungsrichter beim Volksgerichtshof, mindestens 12 Todesurteile;
- Dr. Paul Reimers, Landgerichtsrat in Ravensburg bis 1963, ehem. Richter beim Volksgerichtshof, mehr als 124 Todesurteile;

1981 (!) wurde gegen 81 Richter des Volksgerichtshofs ermittelt. Verurteilt wurde keiner.



Richter Dr. Paul Reimers wirkte nach dem Krieg am Landgericht Ravensburg



Ankläger Otto Rathmeyer ist als Landgerichtsrat in Landshut pensioniert

Aufforderung zur Auschwitz-Lüge

Strauß hat Schaden von alten und neuen Nazis gegen Stimmen aus der FDP, CDU ja sogar CSU abgewendet. Die Regierungskoalition hat sich darauf geeinigt, daß es ein Gesetz gegen die „Auschwitz-Lüge“ nicht geben wird. Das Leugnen des Völkermordes an den Juden soll lediglich unter den Beleidigungsstrafbestand eingeordnet werden, der nach dem neuen Vorschlag der Regierung auch von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden kann.

Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Helmut Leonardy, hat diesen Kompromißvorschlag heftig kritisiert: Beleidigung sei eine der geringfügigsten Straftaten. Die Strafen seien meist nur in Geldstrafen, die keine abschreckende Wirkung hätten.

Ausgerechnet in Israel begründet Strauß seine Ablehnung des Gesetzes gegen die „Auschwitz-Lüge“ mit der „enormen Beweislast, die deutsche Gerichte dann zu erbringen hätten.“ Das ist nicht das erste Mal, daß Strauß westdeutsche Gerichte Arbeit ersparen möchte. 1978 während der heftigen Auseinandersetzungen um die Verjährung von Naziverbrechen forderte er die Generalamnestie für NS-Straftäter. Er setzte sich damit an die Spitze einer „Volksbewegung für Generalamnestie“ die in der faschistischen „Nationalzeitung“ einen „Schlußstrich unter die pharisäerhafte einseitige Vergangenheitsbewältigung“ forderte, während „millionenfache Morde am deutschen Volk ungesühnt“ geblieben seien. Auch hierauf geht der Koalitionsvorschlag durch die Hintertür ein: „Geschützt werden Opfer der nationalsozialistischen und einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft.“

„Wer demonstrieren will, soll seine Visage offen zeigen“

Mit diesen Worten im Ratten- und Schmeißfliegen- Jargon wies Strauß den Kompromiß zurück, den die Rechtsexperten der Koalitionsfraktionen zum Demonstrationsstrafrecht vorgelegt hatten. Strauß will diesen Kompromiß, den er für „völlig unzulänglich“ hält, jetzt noch zu Fall bringen. Hillermeier im „Bayernkurier“ vom 02. 03. 85: „Das geltende Recht, das nur die Gewalttäter selbst mit Strafe bedroht, reicht nicht aus, um diesen Straftaten wirksam begegnen zu können“.

Hillermeier will jeden mit Strafe bele-

gen, der sich aus einer „unfriedlich gewordenen Menschenmenge“ nicht sofort entfernt. Er will auch den Kompromiß, nachdem „Vermummung“ und „passive Bewaffnung“ lediglich als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden sollen revidieren: „Es ist zwar richtig, daß die Polizei bei einer Ordnungswidrigkeit einschreiten kann, aber nicht wie bei einer Straftat hierzu gezwungen ist.“ Die „Ordnungszelle Alpenland“ mißtraut den Nordlichtern.

Die CSU ist solange gegen den Koalitions-Kompromiß, wie nicht bundes-

weit legale Praxis wird, was sie in Nürnberg dank bereitwilliger Richter bereits probten. Im Anschluß an eine Demonstration wurde ein komplettes Jugendzentrum eingekreist und mangels Kapazität auf verschiedene Gefängnisse aufgeteilt. Gesetze gegen Menschenmengen sind die Spezialität der CSU. Sie war auch die treibende Kraft für das Polizeiaufgabengesetz, daß gegen „unfriedliche Mengen“ den Einsatz von gezieltem Todesschuß, Maschinengewehr und Handgranaten vorsieht. Heute die Gesetze für morgen.

Ideologie des Untermenschen wieder legal

40 Jahre nachdem die Rassenfanatiker geschlagen wurden, ist der Rassismus erneut Gesetz

Wer in diesem Land „*Türken raus*“ an die Wände schmiert, der wird nicht bestraft. Denn „*Türken raus*“ sei keine Volksverhetzung, urteilte der Bundesgerichtshof. Damit wird den Nazis und Rassisten freie Bahn gegeben, damit werden die ausländischen Kollegen zum Freiwild, denn zur Umsetzung dieser Forderung ist es nicht weit, wie Morddrohungen, Brandanschläge und tödliche Überfälle auf ausländische Kollegen zeigen.

Wenn in diesem Land ein Wirt in seinem Lokal ein Schild aufhängt, „*Türken dürfen dieses Lokal nicht betreten*“, dann sei das ebenfalls keine rassistische Volksverhetzung laut Oberlandesgericht Frankfurt, sondern bloß eine Diskriminierung der Türken. Und das ist legal in diesem Land, wo es schon einmal hieß „*Für Juden verboten*“ - bis sie ganz verschwanden in den KZs und Verbrennungsöfen.

Die beiden Urteile besagen nichts anderes als: Der Rassismus ist in diesem Lande wieder legal, er kriegt wieder die Straße frei gegen uns, gegen uns alle. Ausländerfeindlichkeit ist Arbeiterfeindlichkeit, ja ist gegen alle demokratischen und antifaschistischen Menschen gerichtet. Heute geht es gegen die Türken, morgen gegen die Arbeiter, egal ob türkisch oder deutsch, übermorgen geht es gegen jeden demokratischen Menschen, gleichgültig welcher Rasse, gleichgültig welcher Klasse. 40 Jahre danach - haben wir so schnell vergessen?

Denn was heißt Rassismus? Ein Teil der Bevölkerung, ein Teil von uns, denn das sind die ausländischen Kollegen, solange sie hier leben und arbeiten, wird seiner demokratischen Rechte beraubt, darf diskriminiert werden, darf zum Untermenschen erklärt werden. In erster Linie dient dies natürlich der Spaltung der Arbeitereinheit. Die Arbeiter sollen sich gegenseitig verachten und nicht gemeinsam gegen ihre Herren angehen. Sie sollen sich gegenseitig schwächen. Das verschafft der Reaktion, den Faschisten, mehr Freiheit sich zu bewegen. Doch der Abbau der demokratischen Rechte trifft alle demokratischen Menschen. Wenn die Gesetzlosigkeit Gesetz wird, ist ein Einbruch erzielt, der dem Faschismus den Weg ebnet.

Und dieses Problem verschwindet auch nicht, wenn die ausländischen Kolle-

gen gezwungen werden, wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren. Denn der Abbau der demokratischen Rechte schreitet weiter voran. Wer die Legalisierung des Rassismus nimmt, der wird bald selbst betroffen sein.

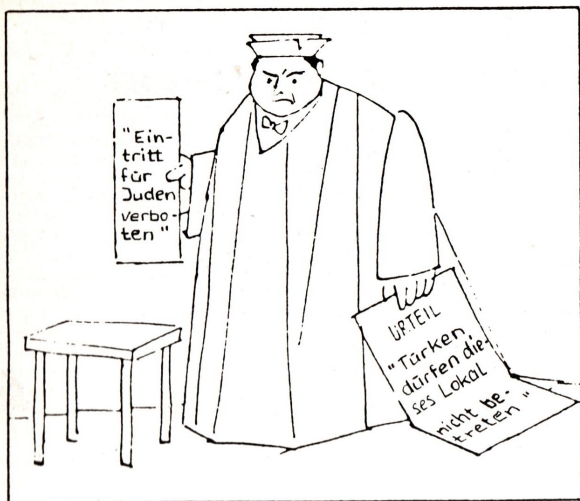
Erinnert euch: der Faschismus kam nicht über Nacht. Er wurde von der vorhergehenden bürgerlichen Regierung mit vielen Einzelmaßnahmen vorbereitet und möglich gemacht. Die Regierenden hatten Angst, daß die Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie eines Ta-

ges nicht mehr ausreichen würden, um die von Arbeitslosigkeit, Not und Entrechtung bedrohte Bevölkerung niederzuhalten und um den Krieg vorzubereiten. Der Staatsapparat wurde Schritt um Schritt vorbereitet für die Machtübernahme des Faschismus. Heute kann als Beispiel die Justiz dienen: Sie wurde nie von den alten Nazi-Richtern gesäubert und die erzogen dann die neue Generation bzw. betrieben die Auslese in ihrem Sinn! Das Frankfurter Urteil ist eine weitere Maßnahme zur Vorbereitung des Faschismus. Wer gegen solche Maßnahmen nicht kämpft, wird auch den Sieg des Faschismus nicht verhindern können.

STIMME AUS DEM SUMPF



„Dreitausend Jahre konsequenter Inzucht beweisen die Überlegenheit meiner Rasse!“



„... im Namen des gesunden Volksempfindens“

Erinnert euch weiter: Das Konzept, den „Klassenkampf in den Rassenkampf zu verwandeln“ gehörte zu den ideologisch-politischen Instrumenten der Nazis. Sie wendeten es so erfolgreich an, daß selbst noch die verlasteten, verdreckten, halbverhungerten Landsler vor Stalingrad, denen Tod und Niederlage schon ins Gesicht geschrieben war, von einer kleinen Handelsniederlassung oder einem ertragreichen Gehöft im Osten hinter der Wolga träumten. Mit keinem Atemzug fragten sie sich, was sie in dem fremden Land verloren hätten. So waren sie von ihrem Recht als Herrenrasse überzeugt worden.

Hitler sagte: „Der Begriff der Nation ist leer geworden. Ich habe mit ihm aus zeitgeschichtlich bedingten Gründen noch beginnen müssen. Aber ich bin mir von vornherein darüber klar gewesen, daß dies nur vorübergehend Geltung beanspruchen konnte. Die ‚Nation‘ ist ein politisches Hilfsmittel der Demokratie und des Liberalismus. Wir müssen diesen falschen Begriff wieder auflösen und ihn durch den politisch noch nicht verbrauchten der Rasse ersetzen. Nicht die historisch gewordenen Völker sind der Ordnungsbegriff der Zukunft - und alles Herumordnen und Zurechtschneiden von Grenzen und Siedlungsgebieten ist ein müßiges Unterfangen, - sondern der von ihm überdeckte Rassebegriff.“ So weit ist die Reaktion in diesem Land schon wieder gediehen, daß sie von neuem den Rassismus als Staatsdoktrin erheben kann, genau 40 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus. So wenig ist uns von der Befreiung noch geblieben!

Im letzten DID haben wir gezeigt, daß die neuen Ausländergesetze von Zimmermann die politische Tätigkeit der ausländischen Kollegen unterbinden sollen. Ihnen soll unter Strafe der Abschiebung das Recht genommen werden, sich zu organisieren und ihre Meinung zu sagen (was natürlich nicht für die Faschisten unter ihnen gilt) - elementare demokratische Rechte!

In diesem DID wollen wir nun die Pläne von Strauß, Lummer und Späth zum Asylrecht darstellen. Pläne zur Verschlechterung eines Rechts, womit den Asylbewerbern schon jetzt das Leben zur Hölle gemacht wird!

Die Stoßrichtung gab Strauß an: der „Asylantenstrom sei extrem und unvorhersehbar“ angestiegen, der „Asylmißbrauch“ müsse eingedämmt werden. „Es strömen die Tamlänen zu Tausenden herein, und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben.“ Mehr braucht er nicht zu sagen, „Kanaken“ das reicht, das sind Untermenschen, die will niemand haben, da muß man Schluß machen. „Kanaken“ steht für den Rassismus. Und so werden die Asylbewerber bei uns auch behandelt: die meisten zusammengepfercht in Sammellagern, die die Münchner Ärztin Renate Jäckle an KZs erinnerte, mit einer Verpflegung, die viele nicht vertragen oder aus religiösen Gründen ablehnen und die man einfach als Fraß bezeichnen kann. Die hygienischen Zustände meist untragbar, z. B. acht Duschen für 400 Personen im Lager Neuburg an der Donau.

Für alle Asylbewerber besteht ein Arbeitsverbot, so daß sie auf Sozialhilfe

angewiesen sind, was auch den Rassismus bei der Bevölkerung schüren hilft. Die Sozialhilfe wird nur in Sachleistungen gewährt, also Kleider und Essen, lediglich ein mickriges Taschengeld von etwa DM 55,- im Monat bleibt davon ausgenommen. Für alle Asylbewerber gilt auch ein Reiseverbot. Sie dürfen die Stadt oder den Landkreis nicht verlassen ohne behördliche Genehmigung. „Lieber schnell sterben als im Lager verrotten“, sagte denn auch ein Asylbewerber, was zusammengefaßt die elende Lage von ihnen ausdrückt.

Die Lager werden möglichst auf dem flachen Land in kleinen Orten angesiedelt. In München gibt es nur zwei kleine „Pensionen“, die schon lange als Sammellager dienen und nur Ostblockflüchtlingen offen stehen. Die Masse der Asylbewerber soll der demokratischen Öffentlichkeit möglichst fern gehalten werden. In der Kleinstadt dagegen ertönt bei Einrichtung eines neuen Lagers der Protest einer wahren Volksgemeinschaft häufig gegen die „Asylantenflut“. (In Weiden reicht die Volksgemeinschaft von CSU über FDP bis zur SPD, in Heimenkirchen im Allgäu sind auch die Grünen auf Seiten der Rassenhetzer). Am besten wird dieser Effekt erreicht, wenn die Regierung 100 Asylbewerber in ein 400-Seelen-Dorf mit 80 % CSU-Stimmen verfrachtet. So geben die Lager der CDU/CSU beste Möglichkeiten zur Rassenhetze.

Demokraten, das dulden wir, daß solches in diesem Land passiert! Die Frage der Lebensbedingungen der Asylbewerber in den Lagern ist eine allgemein-demokratische Frage, denn es geht auch hier darum, bis zu welchem Grade heute schon wieder ganz legal und offiziell gebilligt der Rassismus als Staatspolitik praktiziert wird.

Doch das Bestehende reicht der Reaktion noch nicht. Der Gesetzentwurf Bayerns, Baden-Württembergs und Westberlins zum Abbau des Asylrechts sieht vor:

1. Asyl soll nur noch für drei Jahre erteilt werden, mit anschließender Prüfung, ob die Lage im Herkunftsland eine Verlängerung „unabweisbar“ macht. Asyl auf Zeit, das heißt praktisch die Beseitigung des Asylrechts. Asyl auf Zeit bedeutet, daß die Angst, in die heimatischen Gefängnisse zurückgeschickt zu werden, nie aufhört. Geprüft werden nach zwei oder drei Jahren nicht eine mögliche politische Verfolgung, sondern die Beziehungen der BRD zum Herkunftsland des Asylbewerbers. Ob in der Türkei gefoltert wird oder nicht, ist bereits heute „asylrechtlich nicht relevant“.

Relevant sind aber die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zur Türkei.

2. Landratsämter und kreisfreie Städte an den Grenzen sollen in Zukunft bereits über das Schicksal der neu Angekommenen entscheiden können, indem sie Asylbewerber zurückschicken können, die nach ihrer Ansicht „offensichtlich“ aus wirtschaftlichen Gründen kamen. Das bedeutet: der Willkür sind keine Grenzen gesetzt. Das bedeutet ebenfalls Abschaffung des Asylrechts, denn das Widerspruchsrecht besteht nur auf dem Papier, wenn der Ausgewiesene bereits in seinem Heimatland im Gefängnis sitzt.
3. Die DDR soll aufgefordert werden, das Nadelöhr Berlin/Westberlin dicht zu machen. Kommt die DDR dem nach, so bedeutet das für 90 % aller Asylbewerber, die nicht aus dem Ostblock kommen, das Aus. Denn die Einreise über die DDR ist deshalb das letzte Schlupfloch, weil für alle entscheidenden Flüchtlingsländer bereits Visumzwang gilt. Zum einen gelingt es einem Verfolgten kaum, noch rechtzeitig die Prozedur eines Visumantrages zu überstehen, zum anderen haben die deutschen Konsulate die Visumausgabe drastisch gekürzt! Und die Fluggesellschaften haben Anweisung von der Bundesregierung, daß selbst für eine Zwischenlandung in Frankfurt ein Visum vorliegen muß!
4. Wer in Zukunft trotz all dieser Sperren noch in die BRD gelangen sollte, der wird mit schärfster Repression zu rechnen haben, der soll nichts mehr zu lachen haben. Das Arbeitsverbot, das bisher für zwei Jahre gilt, soll auf die gesamte

Die CSU ÜBERSCHWEMMT UNS MIT EINER FLUT VON LÜGEN ÜBER DIE

"ASYLANTENFLUT"

Im Weltmaßstab ist Westdeutschland erst an fünfzigster Stelle der Aufnahme-länder für politisch Verfolgte. Im ungleich ärmeren Somalia ist jeder vierte Bewohner ein Flüchtling. Hierzulande kommt auf 617 Deutsche ein Flüchtling. In Bezug auf Westeuropa ist Westdeutschland an letzter Stelle der Aufnahme-länder. Auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist der Flüchtlingsanteil bescheiden. Er beträgt bei uns ca. 0.15% gegenüber 0.35% in Österreich und 0.75% in der Schweiz.

1984 nahm die BRD 35 000 Flüchtlinge auf. Dieser Zahl stehen weltweit derzeit 12-15 Millionen Flüchtlinge gegenüber. Seit 1953 suchten ca. 500 000 in Westdeutschland Zuflucht. Nur 88 376 davon wurden als politisch Verfolgte anerkannt. Zum Vergleich: zwischen 1933 und 1945 flohen 800 000 Menschen vor dem Hitlerfaschismus ins Ausland.

Von den Antifaschisten, die aus der Türkei zu uns flohen, wurden im Schnitt 2% anerkannt.

Außerdem leben hier, und da spricht nicht mal Herr Strauß von Flut: ca. 200 000 Ostblockflüchtlinge, die geduldet werden.

(Quelle : UN High Commissioner for Refugees)

Dauer des Asylverfahrens ausgedehnt werden.

5. In Zukunft soll im ganzen Bundesgebiet die Verabreichung der Sozialhilfe in Form von sogenannten Sachleistungen und eine grundsätzliche Unterbringung in Sammellagern erfolgen. Bayern soll in dieser Hinsicht „Modellcharakter“ haben, hier ist dies bereits weitgehend gewährleistet.
6. Diejenigen, die Verfolgten solidarisch über die Grenzen helfen, damit sie der Visumpflicht entinnen, sollen in Zukunft bestraft werden.

Damit ist der letzte Rest des Grundrechts auf Asyl bedroht - Strauß, Lumer und Späth zielen praktisch auf die Beseitigung des Asylrechts und damit auf unsere demokratischen Rechte - ein weiterer Schritt in Richtung Faschismus.

„Wirtschaftsflüchtlinge“

nennt man sie, gar nicht politisch verfolgt seien sie gewesen, sie locke nur der goldene Westen.

Was sie treibt, ist der Hunger, das ist die Wahrheit. Doch da sagt auch ein Sozialdemokrat, der Hamburger Innen-senator Rolf Lange, entschieden nein: „Hunger ist keine Eintrittskarte“. Wolf Heckmann, AZ-Kommentator, hat da eine klare Meinung: „Ihr Schicksal, auch ihr wirtschaftliches, bestimmen die Völker selber, und wir sind nicht dazu da, Beihilfe zu leisten, wenn sich jemand aus einer glücklosen Gemeinschaft davonstehlen will.“

So einfach ist das. So zynisch ist das. Denn es stimmt nicht. Wer hat denn die türkische Wirtschaft ruiniert? Waren es nicht die westdeutschen Konzerne im Verein mit den amerikanischen, die der türkischen Regierung über den Internationalen Währungsfond ihre Wirtschaftspolitik diktierten? Sind die Pakistani fauler oder dümmer oder stammen sie aus einer minderwertigen Rasse, daß sie hungern müssen? Oder sind es nicht die Deutsche Bank, die BASF und Siemens, die ihr Heimatland aussaugen? Gegen den Hunger in Äthiopien werden Millionen gespendet - aber die Hungernden sollen gefälligst bleiben, wo sie sind. Wenn der Hunger zurückkehrt in unser Land, wenn er eingesperrt wird in Asylan-ten-lager, dann heißt der Hunger plötzlich nicht mehr Hunger, sondern „Wirt-schaftsflüchtling“.



Antifaschisten in Aktion

Wir sind wir und die sind die

Am 24.4.85 will der CSU Oberbürgermeister der Stadt Regensburg eine Kundgebung abhalten. Anlaß sind die Ereignisse vor 40 Jahren, als das dem Tod geweihte Naziregime noch einmal blutigen Terror „im Namen des Volkes“ ausübte.

Was geschah vor 40 Jahren in Regensburg?

Im März/April 1945 waren viele Städte Bayerns „bis zum letzten Stein“ verteidigt und somit grauenhaft zerstört worden. Auch in Regensburg standen am 23. April 1945 die amerikanischen Truppen 20 km vor der Stadt. Nazis und Militär sprengten alle Brücken und verbreiteten über Rundfunk ihre Durchhalteparolen. Demgegenüber demonstrierten Tausende von Regensburgern, vor allem die Frauen, und forderten mutig die kampflöse Übergabe der Stadt. Die Versammlung wurde von SS und Polizei aufgelöst, zahlreiche Verhaftungen folgten. Der Arbeiter Josef Zirkl, der Domprediger Dr. Johann Maier und auch der Wachtmeister Michael Lottner wurden in einem Standgerichtsverfahren wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt und umgebracht. Der Vorsitzende des Standgerichts, Schwarz, machte später in der BRD als Richter wieder Karriere. Aber das Signal war gesetzt: die sinnlose Verteidigung der Stadt fand nicht statt. Am 23. April zogen die amerikanischen Truppen ein. Die ver-

bliebenen Nazitruppen räumten die Stadt, die so ohne wesentliche Zerstörung kampflös eingenommen werden konnte.

Das sind die Fakten.

Regensburger Antifaschisten und Kriegsgegner haben direkt nach dem Krieg und dann wieder ab 1972 jedes Jahr das Andenken an die mutige Freundemonstration und die Ermordung der drei Männer hochgehalten.

Mit der CSU die Opfer verhöhn oder ...

Nun tritt im „Jahr der Jahrestage“ die CSU auf den Plan, mit dem Ziel, die Widerstandskämpfer von damals zu unterschlagen und sich an deren Stelle zu setzen. Verhöhnung der Opfer, Ablenken von der eigenen Kapitulation und Niederlage hat sie auf Ihre Fahnen geschrieben.

Wer hört sich an diesem Gedenktag einen Oberbürgermeister an, der die Geschichte fälscht: der Widerstand der Frauen und die Ermordung der drei sei ohne Einfluß auf die militärischen Überlegungen gewesen. Die Rettung sei vom „Militär“, also der Wehrmacht gekommen.

Wer hört sich einen OB an, der in einem Nachruf den damaligen Nazi-Oberbürgermeister Schottenheim (genannt der Synagogenbrandstifter) ehrte und auf seinem Grab einen Kranz niederlegte.

Vertreter der Industrie, des Militärs, der Kirchengemeinde, der Polizei, hohe Beamte, Burschenschaften, Revanchistenverbände usw. werden sich bei der CSU-Kundgebung am 24.4. ihren OB anhören. Es werden die gleichen gesellschaftlichen Kräfte versammelt sein, die den Machtantritt des Faschismus ermöglichten und förderten. Sie haben die Botschaft des CSU OB verstanden: den 40. Jahrestag des antifaschistischen Widerstandes herzunehmen, um ein „Andenken“ im Heldengedenktag-Stil zu veranstalten.

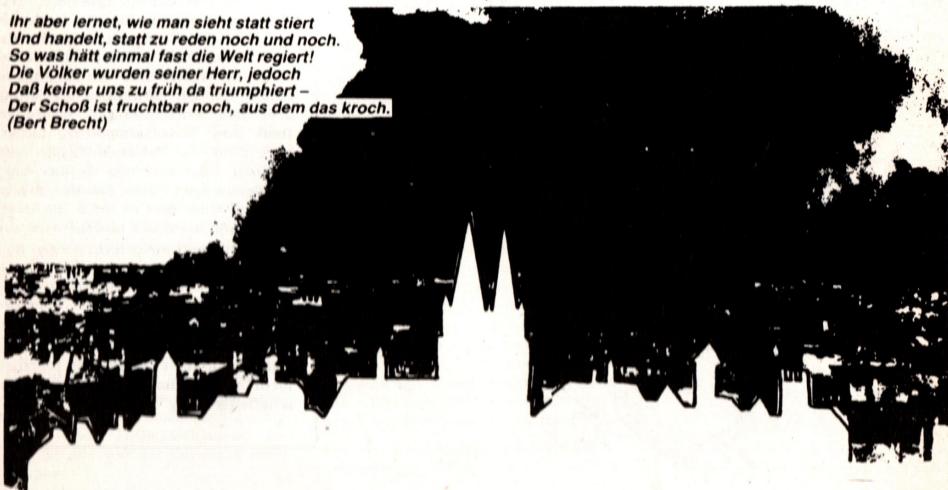
...Mit den Frauen den Widerstand ehren

Zum 23. April haben Regensburger Frauen aus den Reihen der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Grünen, der Christen verschiedener Konfession, Frauen aus unterschiedlichen Schichten zu einer Demonstration aufgerufen, die sich bewußt in die Tradition der mutigen Aktion der Frauen von damals stellt.

Die anschließende Kundgebung wird vom Kuratorium 23. April und von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) organisiert wie jedes Jahr:

**Den Toten zur Ehr - den Lebenden
zur Mahnung!
Nie wieder Faschismus - nie wieder
Krieg!**

*Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätte einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.
(Bert Brecht)*



Wiedergutmachung

Die CSU-Stadträte haben Strauß gegen die Stimmen von SPD und Grünen zum Ehrenbürger gekürt. Es wurde aber auch Zeit, daß sie sich einmal verdient gemacht haben um die Ehre ihres Herrn. Schließlich waren sie seit 1972, seit Bestehen des ASK in Regensburg, nicht mehr in der Lage gewesen, ihren FJS auch nur bei einem einzigen seiner Auftritte in dieser Stadt vor dem STOPPT-STRAUSS-Pöbel zu schützen. Eine Blamage nach der anderen:

- z. B. 1972, als Strauß sich zu seiner eigenen Wahlveranstaltung durch den Hintereingang schleichen mußte.
- z. B. 1980, als ein Strauß-Gegner mit weit sichtbarem Stoppt-Strauß-Lolli dem FJS buchstäblich auf's Dach gestiegen war. Hoch oben über der Rednertribüne schwenkte er über eine Stunde lang unter tosendem Beifall seine Parole. Strauß war drauf und dran die Kundgebung zu verlassen, was er besser auch getan hätte, denn seine dann noch abgehaltene Rede war ein Reinfall.
- z. B. 1982, als Strauß es aus bitterer Erfahrung vorgezogen hatte, im Saal vor ausschließlich geladenen Gästen mit Eintrittskarten zu reden. Es kam zur wundersamen Vermehrung der Eintrittskarten und zum Chaos: Sperr-Riegel von Polizei und Bundesgrenzschutz mußten Strauß vor seinen eigenen Anhängern schützen;

ganze Busladungen - mit Karten ausgestattet - zogen keifend wieder ab. Selbst der Vorsitzende der Schülerunion konnte wegen angeblich gefälschter Eintrittskarte die Gesichtskontrolle nicht passieren.

- z. B. 1984, als Strauß für die Europa-Wahlkampfrede den kleinsten Platz ausgesucht hatte und die gesamte Innenstadt schon Stunden vorher von der Polizei abgesperrt war, wie im Ausnahmezustand. Trotz aller Absperungen und Polizeiaufgebote waren die Demonstranten auf dem Platz. Als sie endlich „erkannt“ und dann weggeräumt waren, verblieb ein kümmerlicher Rest von ca. 100 CSU-lern. Denen war halt auch in den letzten Jahren die Freude an ihrem „starken Mann“ vergangen.

Und nun will Strauß sich seinen Ehrenbürgertitel im Mai persönlich abholen und will sich feiern lassen. Na, wenn das mal gutgeht!

Übrigens

teilt Strauß sein Schicksal, unwillkommener Gast in Regensburg zu sein, mit seinem Ehrenbürger-Kollegen Adolf Hitler. (Daß man den aus der Liste der Ehrenbürger noch nicht gestrichen hat, liegt nach Auskunft der CSU daran, daß er tot ist, was ja auch Strauß nicht müde wird zu betonen: „Hitler muß einmal tot sein.“)

Die Mittelbayerische Zeitung vom 26. 04. 1946 schreibt: „Als einzige unter den deutschen Städten hat sie (die Stadt Regensburg, d.V.) den Parteiredner Hitler vor ihre Tore gewiesen“ Wie, das haben wir auch erfahren: ihm

wurde einfach das Stromkabel durchgeschnitten. Dafür hat man ihm später eine Brücke gebaut, mit großem Adler, der nach Osten blickt.

CSU-Bürgermeister Viehbacher fordert Ehrenbürgerschaft für Stalin!

Am 21. März 1985 fand die Stadtratssitzung statt, in der die Ehrenbürgerschaft von Strauß behandelt werden sollte. Wir Straußgegner hatten dazu auch einiges anzubieten. Zu zwölf marschierten wir mit Sandwiches beladen Richtung Rathaus.

Der Inhalt der Sandwiches sah folgendermaßen aus:

- Wenn schon denn schon Ehrenbürgerschaft für PINOCHET
- Wenn schon denn schon Ehrenbürgerschaft für STROESSNER
- Wenn schon denn schon Ehrenbürgerschaft für BOCASSA

Dann folgten weitere Aufzählungen sämtlicher internationaler Spezies von Strauß in faschistischen Diktaturen.

So postierten wir uns im Anfang vor dem Sitzungssaal im Rathaus. Einige CSU-Stadträte entwickelten besonders sportliche Aktivitäten, indem sie zwei bis drei Stufen auf einmal nahmen, um so schnell wie möglich an uns vorbeizukommen. OB Viehbacher ließ sich dazu hinreißen, sein Bedauern auszusprechen, daß wir vergessen hatten die Ehrenbürgerschaft für Genossen Stalin zu fordern. Was wir dann auch gleich allen nachfolgenden Stadträten mitteilten. Die Verwunderung war groß.

„Nur ein toter Kommunist ist ein guter Kommunist“

In der Stadtratssitzung vom 21. 03. 85 wurde die CSU nicht müde zu bedauern, daß sie ihre Gedenkfeier einen Tag später am 24. April (offizieller Gedenktag 23. April) begehen müsse, weil sie mit undemokratischen, sprich kommunistischen Elementen keine gemeinsame Sache machen wolle. Auf Frage einer SPD-Stadträtin, die Kommunisten wären doch diejenigen gewesen, die am meisten unter der Hitlerdiktatur gelitten hätten, ob die CSU ihrer nicht gedenken wolle, antwortete OB Viehbacher: „Der toten Kommunisten gedenken wir schon, aber mit den Lebenden wollen wir nichts zu tun haben.“



Regensburg: Für Strauß eine Schlapppe nach der anderen

Unter dem Thema

Zusammenarbeit SPD und Grüne in Hessen - Warum und wie?

veranstaltete die Initiative "Gewerkschafter gegen Wallmann" in Frankfurt eine Diskussion mit Hans Preiss, Vorstandsmitglied der IGM, Heinz Werner Wurstius, IG Druck und Papier, Erich Nitzling, SPD, Mitglied des Landtages, ein Vertreter der Landtagsgruppe DIE GRÜNEN (Bernd Messinger), Udo Tischer, Bundestagsgruppe der Grünen in Bonn, ehem. Betriebsrat Videocolor Ulm, Wolfgang Velten, Betriebsrat IG Druck und Papier, Alfred Marchand, Mitglied des Seniorenkreises im DGB.

Im folgenden drucken wir ihr Flugblatt ab:

Die CDU hat es „erkannt“: Rot - Grüne Gefahr für Hessen

Strauß hat es „erkannt“: CSU-Chef möchte wieder koalitionsfähige Sozialdemokratie

Vogel kuscht: 1987 mit den Grünen nicht

Brandt kuscht: Zusammenarbeit mit der CDU

Für welche Zukunft werden so die Weichen gestellt?

Die Kohlregierung in Bonn hat uns Arbeiter, hat die kleinen Leute ein fürs andere mal mit ihren Gesetzen und Gesetzesvorhaben Maulkörbe erlassen, scheibchenweise die wenigen demokratischen Rechte nach ihrer Fassung zurechtgestutzt oder ganz abgeschafft. Der Unterdrückungs- und Überwachungsapparat wird so ausgebaut, daß es nur noch eines Faschisten in Lackschuhen bedarf, um diese Republik zu liquidieren im totalen Profitinteresse. So werden heute schon Demokraten, Gewerkschafter bespitzelt, kriminalisiert. Bei Streiks verstärkt die Polizei eingesetzt. Der offene Rassismus zur Regierungspolitik erhoben.

Mit jeder großangekündigten „Sozialreform“ wird uns immer mehr Geld aus der Tasche geklaut. Neuestes Vorhaben der Bonner Regierung für Millionäre:

Rentenalter auf 70 Jahre erhöhen und
samstags wieder arbeiten.

So als ob die Frühinvalidität durch gesteigerte Arbeitshetze nicht vorhanden wäre, so als ob wir Samstag und Sonntag für die Familie, für die Erholung nicht bräuchten.

Einer solchen arbeiterfeindlichen Regierung bietet die Sozialdemokratie, die in der Mehrzahl von Arbeitern gewählt wird, die Zusammenarbeit an.

Statt mit Volldampf auf diese Regierung zu schlagen, wirkliche Opposition zu machen, kuscht die SPD-Spitze vor ihrer Verantwortung für die Republik und gibt klein bei. Keine Ruhmestat eines Politikers, der auszog und „mehr Demokratie wagen“ verkündete.

Statt, daß diese „Übergangsregierung“ (Orig.-Ton Strauß) von der fortschrittlichen Seite vom Arbeiterstandpunkt unter Beschuß genommen wird, steht sie unter Dauerfeuer von rechts von Strauß, der bekanntlich die roten Ratten bis zum Rest des Jahrhunderts in die Löcher vertreiben will. Strauß, der sich selbst gerne als Kanzler 1932*) gesehen hätte, und alles tut damit er das nachholen kann, will die Republik über die Kohlregierung sturmreif machen, so richtig nach seinem Motto „Wir dürfen nur die Verantwortung übernehmen, wenn mer eisen und ehern entschlossen sind den Prozeß der Heilung über den Zeitraum hinweg, bis der Erfolg griffig in unseren Händen ist, durchzuführen.“

Es könnte verdammt gefährlich werden abzuwarten, mit welchen Mitteln diese „eiserne und eherner“ Entschlossenheit sich gegebenenfalls zu beweisen gedenkt!

Wir können die Weichen anders stellen, für uns!

Möglichkeiten sind konkret da, diese Regierung für die Millionäre in Bonn mit ihren verheerenden Auswirkungen auf Demokratie und unsere Taschen auszuhebeln. In Hessen haben SPD und Grüne die Mehrheit. Es gilt zu handeln und über die Differenzen hinweg, die Verantwortung für die Republik zu erkennen.

SPD und Grüne müssen in Hessen gemeinsam die Verantwortung übernehmen. Nur durch konkrete, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der sozial Schwachen liegende Schritte kann Politik gegen Bonn gemacht werden und somit helfen, daß diese Republik eine wirkliche demokratische wird. Das Minimalprogramm von Arbeitern und Gewerkschafter erstellt, muß Wirklichkeit werden.

Wir fordern:

Ausgleichszahlung für die Arbeitslosen

Her mit den Ausbildungsplätzen

Sofortige Einführung eines hessischen Mietgeldes

Gleiches Recht für unsere ausländischen Kollegen

Sofortige Auflösung der Asyllager

Nazis hinter Gitter

*) So Strauß in einem Interview im Magazin der FAZ vom 29. August 1980, als er auf die Frage: „Wer oder was hätten sie sein mögen?“ antwortete: „Professor für Geschichte oder deutscher Reichskanzler 1932“

„Der 5. Jahrestag des faschistischen Attentats den Opfern und nicht dem Geld!“

Dieser Text stand auf einem Transparent, das Ignaz Platzer zusammen mit antifaschistischen Freunden in der Vollversammlung des Münchner Stadtrats am 6. 3. 85 entrollte. Gleichzeitig forderte er, der zwei Kinder bei dem faschistischen Oktoberfestattentat vor fünf Jahren verloren hat, die Schließung der Wies'n am 26. 9. ab 18.00 Uhr. Ignaz und seine Freunde wurden freilich schnell von der Empore des Sitzungssaales abgeräumt. OB Kronawitter selbst begründete die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages der Grünen, die erneut über die Schließung der Wies'n debattieren wollten. Nur Bürgermeister Klaus Hahnzug stimmte mit den Grünen für die Wiederaufnahme der Debatte. Wenige Tage zuvor war ein Antrag auf Schließung der Wies'n ab 18.00 Uhr vom Stadtrat abgelehnt worden z. B. mit der Begründung, die Polizei sei nicht in der Lage die Wies'n zu räumen. Drei SPD-Stad-

räte fehlten bei dieser Abstimmung z. B. Alois Mittermüller der DGB-Kreisvorsitzende, der im letzten Jahr zusammen mit Klaus Hahnzug am 2. August in Bologna miterleben konnte, wie die Bologneser ihrer Toten gedachten und gegen den Neonazismus demonstrierten.

Für den 5. Jahrestag des faschistischen Anschlags wurde von der Stadt München z. B. eine Mahn- und Ehrenwache am Ort des Attentats angekündigt. Am 28. 3. veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung das tatsächliche städtische Programm.

„Gedenkfeier zum fünften Jahrestag des Wies'n-Attentats“

Am 26. September jährt sich der Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest zum fünftenmal. Bei dem Anschlag kamen 13 Oktoberfestbesucher ums Leben, mehr als 200 wurden verletzt. Mit einem ökumenischen Gottes-

dienst, einem Gedenkkonzert, einer Gedenkfeier mit Kranzniederlegung und der „würdigeren Gestaltung des Platzes um das Denkmal“ will man heuer der Opfer gedenken. Außerdem soll eine Dokumentation über den Bombenanschlag herausgegeben werden, deren Kosten auf etwas 30.000 Mark geschätzt werden.

Alle Münchner Demokraten sind aufgerufen, Ignaz Platzer und Renate Martinez zu unterstützen, die in einem offenen Brief an OB Kronawitter schrieben: „Wenn Sie als Oberbürgermeister angesichts dieser Umstände meinen, auf eine Schließung der Wies'n am 26. 9. 85 um 18.00 Uhr verzichten zu müssen und sogar „massiv dagegen kämpfen wollen“, dann müssen Sie wissen: Sie kämpfen gegen uns Betroffene des Attentats, die sich aufraffen, ihre Trauer umzusetzen in Handeln gegen den Neonazismus und die Gefahr von Rechts.“

Recht auf Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen geht vor

Bundesarbeitsgericht erklärt Entlassung eines Druckers für unwirksam, der bei Kriegsverherrlichung nicht mitmachen wollte

Von unserer Mitarbeiterin Anne Riedel

FR vom 21.12.84

KASSEL, 20. Dezember. Kein Bundesbürger kann durch einen Arbeitsvertrag verpflichtet sein, „für eine Zeitschrift auch nur im geringsten tätig zu werden, die den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat angreift oder das blutbefleckte Gewalt- und Unrechtsregime des Nazitums verherrlicht oder verharmlost“. Ein Arbeitnehmer habe das Recht und auch die Pflicht, eine solche Tätigkeit abzulehnen. — Unter Berufung auf diesen, im Jahre 1960 vom Bundesarbeitsgericht (BAG) aufgestellten Grundsatz hat der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts am Donnerstag die Entlassungen des Druckers Dieter Schlichting für unwirksam erklärt (Aktenzeichen 2 AZR 436/83).

Schlichting, anerkannter Kriegsdienstverweigerer und aktives Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der IG Druck und Papier, war in einer Druckerei bei Hamburg beschäftigt. Im November 1981 hatte er den Auftrag erhalten, Werbeprospekte für Bücher unter anderem mit dem Titel „Kreta — Sieg der Kuhnsten“, „Panzer an der Weichsel — Soldaten der letzten Stunde“ zu drucken. „Warum konnten die besten Soldaten der Welt den II. Weltkrieg nicht gewinnen?“ hieß es beispielsweise in einer der Überschriften des Prospektes, oder: „Kein anderer Bomberpilot konnte diese Erfolgsmeldung öfter in die Heimat funken als Werner Baumbach, das As der Kampfflieger im Zweiten Weltkrieg“.

Der Drucker lehnte die Ausführung dieser Arbeit aus Gewissensgründen ab. Als er einen Tag später auch den Druck eines ergänzenden Werbefliefers verweigerte, kündigte die Geschäftsleitung ihm — trotz Widerspruchs des Betriebsrates — fristlos, hilfsweise fristgemäß. Die dagegen gerichtete Kündigungsschutzklage wurde in den ersten beiden Instanzen im wesentlichen mit der Begründung abgewiesen, Schlichting habe sich bei der Arbeitsverweigerung auf die (politischen) Ziele der VVN und seiner Gewerkschaft berufen. Die Gewissensnot eines Menschen habe jedoch — so das Landesarbeitsgericht Schleswig-

Holstein — „mit Politik nichts zu tun“. Zwar hielten die Vorinstanzen die fristlose Kündigung für unwirksam, die fristgemäß war indes für Rechtsens erklärt worden.

Der Zweite BAG-Senat erklärte dagegen beide Kündigungen für unzulässig. Die Weisungen des Arbeitgebers müssen, so das oberste Arbeitsgericht zur Begründung, „billigem Ermessen“ entsprechen. Dem würden sie nicht gerecht, wenn sie den Arbeitnehmer in einen vermeidbaren Gewissenskonflikt brächten. Bei der Abwägung der schutzwürdigen Interessen beider Parteien komme es beispielsweise darauf an, ob der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer auch „gewissensneutrale“ Tätigkeiten übertragen könne.

Auf der Basis dieser Grundsätze, so das BAG, habe Schlichting das Recht auf Leistungsverweigerung gehabt. Der Werbeprospekt verharmlose den Krieg, enthalte glorifizierende Beurteilungen kriegerischer Leistungen und werte sie wie „gewaltvolle Abenteuer“. Der Druck und damit die Mitarbeit an der Herstellung und Vervielfältigung dieses „kriegsverharmlosenden Anschreibens“ habe den Kläger in einen unausweichlichen Gewissenskonflikt gebracht. Für den Kriegsdienstverweigerer Schlichting sei die Auffassung, der Krieg sei ein sportliches Abenteuer, nicht hinnehmbar gewesen.

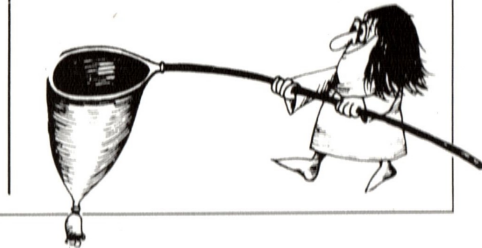
Dem Arbeitgeber war seinerzeit bekannt, so der Senat weiter, daß Schlichting Kriegsdienstverweigerer war. Der Gewissenskonflikt sei somit vorhersehbar und durch die mögliche Beschäftigung des Druckers an einem anderen Arbeitsplatz vermeidbar gewesen.

Der „Fall Schlichting“ kann mit diesem höchstgerichtlichen Urteil indes noch nicht zu den Akten gelegt werden. Der beklagte Arbeitgeber, die Firma Nord-Offset, Sonntag & Wachholtz KG in Ellerbek bei Hamburg, hat im Laufe des Verfahrens hilfsweise auch noch den Antrag gestellt, das Arbeitsverhältnis (gegen eine Abfindung) aufzulösen. Über diesen Antrag wird jetzt wieder das Landesarbeitsgericht zu verhandeln und zu entscheiden haben.

Spendenaufruf

Ich spende:

- ☐ mein Jahresgehalt
- ☐ mein Monatsgehalt
- ☐ meine Kirchensteuer
- ☐ mein Taschengeld
- ☐ meinen Festtagsbraten
- ☐ eine Sahnetorte
- ☐ ein Päckchen Zigaretten



Wir stellen vor: Die Redner

– Fortsetzung –

(Fortsetzung Karl Röder)

schule in Leipzig. Nach Rückkehr nach Nürnberg Beitritt zur KPD (Herbst 1931). Anfang 1933 von der nordbayrischen Bezirksleitung beauftragt, die Organisation auf die Illegalität vorzubereiten. Nach dem Reichstagsbrand in die Illegalität. Mitte August 1933 verhaftet und nach schweren Folterungen ins KZ Dachau gebracht. 1 1/2 Jahre Gefängnis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, dann zurück nach Dachau. Im ersten Kriegswinter KZ Flossenbürg, anschließend wieder KZ Dachau. Im Dezember 1944 sollten 600 KZ-Häftlinge aus verschiedenen Lagern, darunter 190 aus Dachau, gegen die Rote Armee in Nord-Ungarn eingesetzt werden, zu denen auch Röder gehörte. Diese sind sofort geschlossen übergelaufen am 11.12.1944. Aus einem Kriegsgefangenenlager in Ungarn Anfang September 1945 entlassen, lebt er seitdem in Wien.



Otto Weber

der in der Hölle von Stalingrad lernte: „Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschiere ich mit Euch nach Bonn!“

Stalingrad. Wende und Ende des Krieges! Im Morgengrauen des 2. Februar 1943 donnerten die russischen Panzer durch die Ruinenstadt. Wir lagen im Kellerraum einer Ruine. Ein Panzer hielt vor unserer Ruine, ein russischer Offizier rief: dawai, dawai, paschlie, schnell, schnell, fort. Nun war der Krieg für uns beendet. Menschenmassen. Abgemergelte, hungernde Mumienge-
stalten ohne Winterbekleidung, Leicht- und Schwerverwundete mit Lappen, Krüppel, Tragbahnen, keine Winterstiefel, keine Verpflegung, kein Brot, kein Schluck warmes Wasser – nichts! Was wird mit uns geschehen? Unbeschreiblich, eine lange un-
übersehbare schwarze Schlangenkolonne bewegte sich lang-

(Fortsetzung Otto Weber)

sam vorwärts ohne Ziel. Das war Hitlers Menschenmaterial, wie er es nannte, und wurde von ihm glatt abgestrichen. Dieser Todesmarsch war Hitlers Werk mit seinen Verbrechern. Nie wieder Krieg, nie wieder Stalingrad. Als Überlebender wurde ich überzeugter Antimilitarist. Ich kann nur sagen: Dank den Sowjetsoldaten, die uns aus dieser Hölle befreiten!



Ein Opfer der Hitlerbarbarei – Augenzeuge gegen den KZ-Mörder Mengele

Ist die Zahl der Häftlinge nicht erfüllt, die täglich ins Gas müssen – kommt Mengele. Wir müssen nackt antreten und ich stehe Mengele von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Mengele selektiert.

Doch der Geschützdonner der Sowjets rückt auf Auschwitz.

Unser „Todesmarsch“ beginnt, wir werden nach Westen getrieben.

Wir übernachten mit 700 Häftlingen in der Scheune eines Bauernhofs. Von weitem hören wir das Rattern von Maschinengewehren. Das Rattern kommt immer näher. Wir schauen durch die Ritzen der Scheune und sehen, daß sich die Posten aus dem Staub gemacht haben. Plötzlich hören wir russische Musik auf einer Ziehharmonika und stürmen ins Freie. Zusammen mit den Sowjets machen wir uns auf die Suche nach den Schergen. 20 werden auf der Stelle erschossen.

Ja, es war die Befreiung.

Wer schützt mich heute, wenn ich meinen Namen nenne?

Der Judenhaß wurde nicht ausgerottet. Die Nazis wurden nicht ausgerottet. Das erlebe ich bis heute.

Neben unseren Wohnblocks wohnen die Angehörigen der Bereitschaftspolizei. Das bekamen meine Kinder immer zu spüren. Sie waren die Judenkinder. Die Sowjets haben das in der DDR nie wieder zugelassen, bis heute nicht.

Die Russen sind das einzig ehrliche Volk, sie sind gute Menschen. Die Russen wollen keinen Krieg.

Heute bin ich neutral. Meine Heimat ist Israel.

Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!



Zum 40. Jahrestag
unserer Befreiung vom
Hitlerismus:

Dank **Euch** **Ihr** **Sowjet-** **soldaten!**

Es spricht: Erwin Geschonneck, Staatsschauspieler der DDR, Widerstandskämpfer, Nazi-Ankläger und einer der 350 Überlebenden von 4.000 des KZ-Schiffes Cap Arcona · Hanne Hiob, „rabiate Antifaschistin“ – so ihre Gegner und Gegner Bertolt Brechts – mit Satiren ihres Vaters für den Moskauer Freiheitssender · Ferdi Hülser, zum Kampf für die Niederlage Hitlerdeutschlands im Nationalkomitee Freies Deutschland (Widerstandsgruppe Köln) heute Ehrenmitglied der DFG/VK · Albert Lehmann, Arbeiter und Mitglied einer Widerstandsgruppe in Deutschland, KZ Osthofen, Strafbataillon „Deserteur“ – und stolz darauf · Hermann Reineck, antifaschistischer Widerstand bei den Partisanen der Tschechoslowakei und Österreich, die sich mit den Sowjetsoldaten vereinigt haben; heute Generalsekretär der „Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzler e.V.“ (BRD) · Karl Röder, Arbeiter, 11 1/2 Jahre in Konzentrationslagern und Gefängnissen · Otto Weber, der in der Hölle von Stalingrad lernte. „Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschiere ich mit Euch nach Bonn!“ · Ein Opfer der Hitlerbarbarei, Augenzeuge gegen den KZ-Mörder Mengele · Träger der Manifestation ist die Redaktion der „Kämpfenden Jugend“

Manifestation München 11. Mai

Erklärung

der Redaktion der Kämpfenden Jugend zum 8. Mai 1985

Sie – die versammelten Herrschaften über uns – sagen und wollen:
Schlesien bleibt deutsch.

Wir, Menschen der Arbeit und des Friedens, sagen und wollen:
Schlesien bleibt polnisch!

Sie sagen und wollen:
Das ganze Deutschland unter Flick und Krupp.

Wir sagen und wollen:
Die DDR bleibt ohne Flick! Anerkennung der DDR als eigener souveräner Staat!

Sie erklären:
Her mit Deutschland in den Grenzen von 1937!

Wir erklären:
„Das große Karthago
führte drei Kriege.
Es war noch mächtig nach dem ersten
und noch bewohnbar
nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar
nach dem dritten.“
(Bertolt Brecht)

Sozialismus – oder Barbarei!

Sie erklären:
Die Niederlage des zweiten Weltkriegs ist ungeschehen zu machen.

Wir erklären:
Stoppt Strauß nicht erst vor Stalingrad!

Sie erklären:
Unser Feind ist Moskau.

Wir erklären:
Unser Feind seid **ihr**.

Heute verurteilen sie Hitler, denn er hat ihren Krieg verloren. Und sie erklären: Dafür wollen sie nicht länger büßen.

Wir erklären:
Ihr habt noch nie mit Hab und Gut gebüßt für eure Verbrechen!
Das liegt noch vor euch.

Ihr Staat blieb der Staat gegen die Arbeiter.
Es blieb ihre Armee, die sie von den Generälen der alten Wehrmacht wieder aufbauen ließen, Generälen, die ihnen aufs Wort folgten, Generälen, die über 50 Millionen Menschen auf dem Gewissen haben. Generälen wie Heusinger, der unter anderem den Plan Bar-

Noch schützt euch euer Staat vor uns Arbeitern. Eure Generäle, eure Richter, eure Polizisten, die uns in Schach halten. Ihr würdet uns freiwillig keine Waffe in die Hand geben, weil ihr Angst vor uns habt. Ihr müßt uns aber bewaffnen, uns das Kriegshandwerk lehren! Damit wir euch vor euresgleichen schützen und vor

barossa ausarbeitete, den Plan zur Vernichtung des sowjetischen Volkes. Und da Heusinger gelernt hat, wie man Überfälle und Morde plant, wie man die Unternehmer schützt, wurde er General der Bundeswehr. Der Armee, die sich selbst in die verbrecherische Tradition der Wehrmacht stellt. Die Knechte der Fabrikanten hervorbringt wie Generalleutnant Lange, der den Arbeiterjugendlichen, die zum Barras müssen, das Rückgrat bricht, sie zu Arbeiterfeinden und Schießautomaten erziehen will, damit sie wieder auf andere Völker schießen.

Es blieben ihre Gerichte, in denen richteten wieder die Nazirichter, die mindestens 80000 Menschen während des Hitlerfaschismus umgebracht haben. Und es richten heute Nachfolger – Rassisten und Arbeiterfeinde. Die feststellen, wenn ein Wirt das Schild aufhängt „Türken dürfen dieses Lokal nicht betreten“, ist das nicht rassistische Volksverhetzung, sondern bloß eine Diskriminierung – und sowas sei erlaubt (so geschehen im Odenwald/Frankfurt, Staatsschutzkammer des Oberlandesgerichts). Es blieben...

Sie behielten die Fabriken. Sie haben Glück im Unglück gehabt – die Armeen der Rockefeller und Ford, der Rothschilds, der Churchills kamen in deren Interesse und schützten damit sie und ihren Besitz vor den Sowjetsoldaten, die die Fabriken ganz sicher nicht den Flicks gelassen hätten, sondern sie uns übereignet hätten. Unsere Großväter und Großmütter bauten aus den Ruinen Fabriken, machten aus den Wracks wieder Maschinen, sammelten die Trümmer der Städte auf, bauten die neuen Häuser, einfach, weil es notwendig war, aber sie fragten nicht, für wen sie das taten. So saßen und sitzen die alten Kriegsbrandstifter wieder an der Macht.

Sie wollen den 8. Mai 1945 vergessen, es ist der Tag ihrer Schande und Niederlage, ihrer Kapitulation.

Denn die Flicks, Krupps, Thyssens ... krauchten am Boden.

Sie hassen deswegen die Arbeiter- und Bauernsöhne mit dem roten Stern an der Mütze und ihren Stalin.

Die deutschen Arbeiter – sie wollten keinen Krieg. Aber die Herren Deutschlands, die von der Arbeit unserer Großväter lebten, brauchten den Krieg. Ihnen reichte schon lange nicht mehr, was sie aus den Arbeitern und Bauern herauspreßten. Sie wollten mehr. Sie wollten die Fabrikkombinate bei Moskau, und das Getreide der Kolchosen der unüberschaubaren Felder der Ukraine, sie wollten das Erz und die Kohle im Ural, das Erdöl von Baku mit seinen riesigen Erdölwerken, die neu erschlossenen Bodenschätze, Gold, Kupfer, Blei, Chrom, Zink in Kasachstan, die neu entdeckten Phosphoritvorkommen in der Chibiner Tundra, die Bauxite Tichwins. Sie wollten das Eigentum der Arbeiter und Bauern. Sie wollten, was die sowjetischen Völker gera-

uns Arbeitern. Damit wir für euch in euren dreckigen Krieg ziehen.

Was macht ihr aber, wenn wir nicht mehr mitmachen? Wenn wir unsere Waffen umdrehen? Dann nützt euch euer ganzer Staat nichts mehr!

Seid gewiß:

„Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn!“

Wir müssen ihnen die Fabriken nehmen. Wir müssen sie zur Verantwortung ziehen, sie, die am Krieg riesige Summen verdient haben, unsere Fabrikherren, die Hitler finanziert haben, an deren Geld das Blut von über 50 Millionen Menschen klebt. Und die heute wieder am Unglück der Völker verdienen und hierzulande alles militarisieren. Sie müssen wir enteignen und damit die Ursache des Krieges beseitigen. So wie es die Werktätigen gerade nach dem 2. Weltkrieg in vielen Ländern für kürzere Zeit oder bis auf den heutigen Tag gemacht haben. Wie es die Werktätigen in den USA, in Frankreich, England, in allen Ländern der Welt tun müssen und tun werden.

Wir machen den 8. Mai 1945 unvergessen, es ist der Tag, wo die Befreiung begann:

Wir lieben sie deswegen.

Die sowjetischen Arbeiter und Bauern liebten den Frieden. Sie bauten ihr Land, das rote Rußland auf und sie konnten es, denn sie waren ihre eigenen Herren. Das Land, das ein Sechstel der Erde umfing, war ihr Stolz. Deswegen war auch der nicht mehr der Held, der andere Länder überfiel, sondern der Kohlekumpel Stachanow, Meister seines Fachs, der mit voller Kraft und Erfindungsgabe mehr Kohle förderte, für die, die noch froren und für die neuen Hochöfen in Sibirien. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, die Tag und Nacht, ununterbrochen den gefrorenen Boden des Kusnez-Beckens bekämpften, damit das neue Hüttenwerk schneller Stahl für die Staudämme, Eisenbahnen, Fabriken, Wohnungen liefern konnte. Der Arbeiter, der

de in der großen Zeit der 5-Jahrespläne der Erde neu entlockten. Die Sowjetmenschen, die all das geschaffen haben, wollten sie als billige Arbeitskräfte für 1 Jahr, 2 Jahre, bis sie eben vor Erschöpfung sterben sollten. Sie wollten das Land ausplündern und eine Wüste hinterlassen. Nach ihren Plänen sollten alle Schulen geschlossen werden. Die Weltstadt Leningrad, Symbol der russischen Revolution und Zentrum von Kultur und Architektur wollten sie dem Erdboden gleichmachen. Aus Moskau, dem Herz der sowjetischen Völker wollten sie durch die Sprengung des Moskwa-Wolga-Kanals einen öden See machen. Alle Kulturgüter, auf die die Sowjetmenschen stolz waren, wollten sie zerstören. Sie wollten die Arbeiter und Bauern vernichten, die sich gegen die Zaren und Fabrikanten erhoben haben und ihr Land neu und viel schöner erbauten. Sie wollten der Arbeiterklasse der ganzen Welt auf immer und ewig eine Lektion erteilen.

Der Plan war klar, also bliesen sie zum Sturm gegen die Macht des Proletariats. Der erste Angriff galt dem deutschen Volk. Als erstes mußten sie den Arbeitern ihre wichtigste Waffe nehmen – ihre Organisationen. Und sie mußten die Waffen des Wissens vernichten – die besten Lehrer der Arbeiterklasse, die Schriften von Marx, Engels, Liebknecht ... wurden den Flammen übergeben, die Bücher Brechts, Tucholskys, der Arbeiterschriftsteller wie des Maschinenschlossers Willi Bredel ebenso.

Der Arbeiter und Kommunist, der im Betrieb aufklärte ‚Wer Hitler wählt, wählt den Krieg‘, der sozialdemokratische Arbeiter, der 1933 unsere Gewerkschaftshäuser vor den Nazis mitschützen wollte, die Christen, die bei sich Juden versteckten, die Mütter, die nicht zulassen wollten, daß ihre Söhne und Männer im Krieg umkamen, die Menschlichen, die dem ausgehungerten KZ-Häftling ein Stück Brot zusteckten, die Jungs, die den HJ-Führer verdroschen, weil er ein dummer Hund war – sie alle waren ihre Feinde. Eine ganze Armee mußten sie gefangennehmen, bevor sie andere Länder überfallen konnten – über 200 000 sperrten sie in die Gefängnisse, bekriegt von mehr als 30 mechanisierten Divisionen von Elitetruppen der SS. So besiegte Hitler das deutsche Volk.

Die Besiegten wurden in Uniformen gepreßt, auf Kübelwagen, Schiffe, Flugzeuge, Panzer, Motorräder gesetzt und gen Osten verschickt, um Polen zu überfallen, nach Westen, um Frankreich, Belgien und die Niederlande zu überfallen, nach Norden, um Dänemark, England und Norwegen zu überfallen ...

... fast alle Länder Europas hatten sie zu ihren Filialen gemacht, über ihnen lag wie ein Leichentuch die Hakenkreuzfahne. Jetzt hielten sie die Zeit für gekommen. Jetzt sollte die scheinbar schier unbesiegbare Hitlerarmee losziehen gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt. Sie sollte nur die Tür aufstoßen, das Haus würde dann schon von selbst zusammenbrechen, meinte Hitler. Was zusammenbrach, war sein Haus – Nazideutschland. Am Ende stand die Befreiung Deutschlands von den Hitleristen. Die Befrei-

nach acht Stunden Arbeit Lehrer wurde, damit jeder lesen und schreiben kann, um ein richtiger Baumeister der neuen Zeit zu sein.

Diese neuen Helden schafften aus dem rückständigen Rußland in 20 Jahren ein starkes wirtschaftliches Land, das sich sehen lassen konnte. Und deshalb gab es auch keinen Fleck auf der Erde, wo nicht Arbeiter bewundernd und stolz auf diesen ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Menschheit schauten.

Inmitten dieses Aufbaus brach die deutsche Kriegsmaschinerie in ihr Land ein.

Vor ihrem Leben retteten die Arbeiter und Bauern ihre Fabriken. In 4 Monaten zerlegten sie an die eineinhalb Tausend Fabrikanlagen, jede Maschine, packten sie auf Eisenbahnwaggons und transportierten sie tausende Kilometer weiter nach Osten. Keine Schraube, keine Maschine sollte Hitler in die Hände fallen. Alle Völker der Sowjetunion, Russen, Sibirier, Ukrainer, Georgier, Tataren, Usbeken ... standen gemeinsam und bauten ganze Industriegebiete auf, wo Wochen vorher noch Wald und Wiese oder Wüste war. Bauern, Frauen, Kinder gingen in die Fabriken und arbeiteten ohne Unterbrechung – Waffen für ihre Klassenbrüder vor Leningrad, Moskau, Stalingrad ...

Kilometer um Kilometer fraßen sich die deutschen Truppen in die Sowjetunion hinein, und wo sie waren mordeten sie und brandschatzten sie ohne Bedenken. Denn Hitlers Parole hieß: Rußland ohne Russen.

Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion wollten nicht auf die Arbeiter schießen, alles rebellierte in ihnen dagegen, bis sie einsahen, sie hatten keine andere Wahl. Es ging um Leben und Tod, nicht nur von ihnen, sondern von allen Völkern der Welt – auch des deutschen.

Das hatten die Sowjetmenschen vor Augen. So gelang ihnen, was so viele für unmöglich gehalten haben, sie brachten die Hitlersche Kriegsmaschinerie zum Stehen. Die Stadt, die dafür steht, heißt Stalingrad. „Hinter der Wolga gibt es für uns kein Land mehr!“ gab ein Sowjetsoldat als Parole aus, und wie ein Lauffeuer packte sie jeden Sowjetsoldaten. Um jeden Meter Boden kämpften sie. Jedes Haus machten sie zur Bastion, jeden Mauervorsprung zur Frontlinie. Die Welt blickte gespannt auf Stalingrad. Die Sowjetsoldaten besiegten Hitler. Er wurde besiegt nicht von „General Winter“, sondern von Gewalten wie dem Arbeiter Pawlow. Der mit 23 Kameraden ein einfaches Wohnhaus in Stalingrad so hart verteidigte, daß dieses eine Wohnhaus zu erobern Hitler mehr Verluste kostete als ganz Paris einzunehmen.

ung derer, die schon lange keine Lust mehr hatten, für Hitler ins Gras zu beißen. Die Befreiung derer, die hungerten und starben, auf daß sie der fürchterliche Krieg noch länger terrorisierte. Die Befreiung derer, die die Faschisten aus aller Welt in ihre Konzentrationslager verschleppt hatten, um sie dort umzubringen. Die Freiheit derer, die im Widerstand gegen die Barbarei standen.

In diesem Stalingrad erhielt Nazideutschland den Todesstoß. Von nun an brachte die Rote Armee der Wehrmacht das Laufen bei. Und die Völker Europas beobachteten in höchster Anspannung den Vormarsch der Sowjetsoldaten. Wann werden sie bei ihnen sein?! Und halfen mit, das Nazideutschland zu Fall zu bringen, indem sie in ihrem Hinterland um ihre eigene Befreiung kämpften. Am 21.7.1944 erreichten sie Polen. Sie öffneten die Tore der Konzentrationslager von Auschwitz, Treblinka und Majdanek. Sie wurden die Zeugen des grausamsten Grauens, kein Mensch wird es jemals vergessen können. Nirgends hat der Imperialismus sein wahres Gesicht so offen enthüllt wie hier. Die Sowjetsoldaten zogen weiter. Sie vereinigten sich mit den Freiheitskämpfern in Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Norwegen, Österreich, Tschechoslowakei. Und hierzulande.

Unsere Befreiung bezahlte das Volk der Sowjetunion mit 20 Millionen Frauen, Männern und Kindern, die nie wieder zum Aufbau ihres Landes zurückkehrten.

Am 30. April 1945 schließlich war es soweit. Sie stürmten die Zentrale der braunen Barbarei – sie stürmten Berlin.

Vom Dach des Reichstagsgebäudes wehte die rote Fahne.

Deutschland war frei!

Dafür erklären wir:

Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!

Wir haben gelernt aus der Geschichte:

Sozialismus ist Befreiung – Imperialismus ist Kapitulation.

Ob wir uns befreien oder kapitulieren, hängt von uns selber ab.

Wenn du sagst: Auf mich kommt es nicht an;

wenn du in eine Partei eintrittst und nicht fragst: wem nützt diese Partei;

wenn du über die vielen Parteien und Organisationen den Kopf schüttelst, aber nicht fragst: wem nützt die Spaltung;

wenn du spürst, wie dein Fabrikherr dich jeden Tag 8 Stunden auslaugt, aber nicht fragst: brauchen wir solche Parasiten;

wenn du sagst: der Staat ist gegen mich, aber nicht fragst: wie schaffe ich ihn ab;

wenn du sagst: die Arbeiter erreichen nie etwas, weil sie zu uneins sind, aber nicht fragst: wie ändere ich das;

wenn du nicht weißt, auf welche Seite du gehörst,

dann wirst du mit den Imperialisten untergehen, du hast kapituliert.

Wenn wir uns vereinigen in einem Verband, der unsere Sache vertritt, der bei jedem Gefecht, an jedem Frontabschnitt mit Rat und Tat zur Seite steht, der in jedem Kampf unser gemeinsames Ziel nicht aus dem Auge verliert; wenn wir uns in Gewerkschaften vereinigen, sie zu wirklichen Kampforganisationen machen, so wie wir sie brauchen gegen die Fabrikherren;

wenn wir Schluß machen mit unserer eigenen Zerrissenheit, unserer hemmenden Spaltung, wenn wir endlich verstehen, daß wir nur gemeinsam stark sind und daß wir umso stärker sind, umso mehr wir einheitlich organisiert sind und gewillt sind, gemeinsam zu lernen, gemeinsam den Arbeitern im Kampf zur Seite zu stehen;

wenn jeder einzelne von uns erkennt: du bist nicht ein einzelner, du bist Teil deiner Klasse – und wenn wir auch danach handeln, dann können wir uns befreien.

Und wenn wir bis zu diesem 8. Mai 1985 dabei ein Stück weitergekommen sind – dann haben wir eine Sache in der Hand, die dem Gegner, dem ewig Gestrigen, Angst und Bange macht.

Setzen wir uns zu diesem Zweck zusammen!

Werben wir gemeinsam für unsere Sache!

Laßt uns die Befreiung vor 40 Jahren gemeinsam begehen!

Die ersten Stimmen zu der Manifestation

„Im Interesse d

Hände weg von Sowjet-Rußland!

1921 demonstrierte ich als 10jähriger Junge an der Hand meines Vaters unter der Losung: „Hände weg von Sowjet-Rußland“ gegen den Überfall der imperialistischen Weltmächte auf den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der Weltgeschichte.

Seit 54 Jahren gehöre ich der Kommunistischen Partei, heute der DKP, an. Für mich galt und gilt die Maxime: „Der Maßstab für einen Kommunisten ist sein Bekenntnis zur sozialistischen Sowjet-Union“. Ernst Thälmann sagte: „Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjet-Union. Hier scheiden sich die Geister und sie müssen sich scheiden.“

Das hat mein Verhalten auch in der Zeit des Faschismus und während des Überfalls der sich Wehrmacht nennenden faschistischen Henker-, Räuber-, Mörder- und Brandstifter-Banden auf die Sowjet-Union bestimmt. Ich habe in einer Gruppe des KJVD aktiven antifaschistischen Widerstand geleistet, wurde dreimal verhaftet und schwer mißhandelt.

Der faschistischen Mörderbande gehörte ich 6 Monate an. Dann bin ich von der Ostfront desertiert.

Daß ich für die verbrecherischen Welteroberungspläne der deutschen Monopolbourgeoisie und ihre faschistischen Kettenhunde meinen sowjetischen Klassengenossen kein Leid zugefügt habe, macht mich stolz und glücklich.

Die Genossen der „Kämpfenden Jugend“ beglückwünschte ich zu ihrem Vorhaben, den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus unter der Losung durchzuführen: „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten“.

*Wilhelm Bastigkeit, Im Münchfeld 29,
65 Mainz*

Unter großen Opfern

Im Sommer 1941 trafen bei Bosch in Feuerbach hunderte von Fremdarbeiterinnen, die aus der Sowjetunion verschleppt worden waren, ein. Im Verlaufe der Zusammenarbeit erfuhren wir dann von den russischen Frauen und Mädchen, von denen einige sehr gut Deutsch sprachen, daß man sie teilweise bei der Feldarbeit regelrecht eingefangen hatte. (...) Die Frauen waren in jenen Güterwagen, mit denen man deutsche Juden nach Polen deportierte, nach Deutschland transportiert worden. Die Nazis wollten der deutschen Bevölkerung weismachen, die Russinnen seien mehr oder weniger freiwillig hier. Die Barfußigkeit erklärte der Leiter der Bosch-Personalabteilung, Otto Debatin, die Russinnen seien ohne Strümpfe und Schuhe hierhergekommen, weil sie den „bolschewistischen Einfüsterungen“ geglaubt hätten, in Deutschland fehle es an Schuhen und man werde sie ihnen gleich beim Grenzübertritt

abnehmen. (Aus meinem Buch: „Wo der Wind weht – die schlaflosen Nächte des Eugen E.“)

Unter großen Opfern hat das russische Volk und seine Rote Armee uns vom Faschismus befreit.

Ich begrüße die Veranstaltung.

*Eugen Eberle, Stadtrat der Stadt Stuttgart von 1948
bis 1984*

Gerade wir als Gewerkschafter

Liebe Freunde! Fast 4 Millionen Arbeitslose, Armut und Unwissenheit in einem der reichsten Länder des Erdballs zeigen uns die ganze Perspektivlosigkeit dieses gesellschaftli-



Reichstagsgebäude – 30. April 1945

er gemeinsamen Sache..."

chen Systems. Für uns ist der 8. Mai deswegen nicht nur ein Tag der Feier von der Befreiung vom Faschismus. Wir fragen uns auch: Was kam danach? Wurde die Befreiung vom Faschismus auch genutzt, den Arbeiter von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien? Wurde die Chance genutzt, Justiz und Polizei, Staat und Regierung in die Hände derjenigen zu legen, die den Reichtum dieses Landes schaffen? Die Antwort ist wohl eindeutig angesichts eines Kanzlers Kohl, für dessen Abtritt gar ein Herr Strauß im Auftrage alter Kriegsverbrecher Gewehr-bei-Fuß steht. Deswegen haben gerade wir als Gewerkschafter am 8. Mai nachzudenken über eine grundsätzlich andere Zukunft, in der sich Faschis-

mus und Krieg nicht wiederholen können. Aus diesen Gründen begrüßen wir Eure Manifestation zum 8. Mai und erklären mit Euch: Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!

*Unterzeichner: Betriebsräte, Vertrauensleute, Gewerkschafter aus dem Raum Frankfurt
Heinz Heller, IGM, Gerhard Adler, Drupa, Walter Schwahn, BSE, Carlo Schmidt, IGM, Michael Gahrzt, Drupa, Joachim Trauschold, ÖTV, Dieter Schwahn, BSE, Norbert Schmidt, Drupa, Wolfgang Velten, Drupa, Thorsten Büschgens, IGM, Rainer Herth, BSE, Michael Weiss, GHK, Brigitte Schwahn, ÖTV, Heinz Klee, IGM*



Als ich zurückkam ...

Zwei Jahre KZ Lichtenburg haben mir am eigenen Leibe deutlich gemacht, wozu die Herren dieses Landes fähig sind.

Lange Jahre der Emigration folgten, Jahre, in denen ich in diesem unseren Lande meines Lebens keine Sekunde sicher war.

Als ich zurückkam, war das Land befreit worden vom Faschismus; ab 1947 schon wurde der Kriegsverbrecher Krupp aus der Festung Landsberg entlassen und teilte seinen Politikern mit, daß er nicht nur der alte, sondern auch wieder der neue Herr im Lande sei. Die große Chance zur wirklichen Befreiung von Faschismus und Krieg, die uns der 8. Mai 1945 brachte, ward nicht genutzt.

Trotz alledem – es ist nie zu spät. Deswegen begrüße ich Eure Manifestation und wünsche Euch großes Gelingen. In diesem Sinne sage auch ich: Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

*Alfred Marchand, Ehrenvorsitzender im
SPD-Ortsverein Frankfurt-Preungesheim
Stellvertretender Vorsitzender des DGB-
Seniorenkreis Frankfurt/Main*

Aus eigener bitterer Erfahrung ...

Liebe Freunde, ich weiß aus eigener, bitterer Erfahrung, wie notwendig es ist, gerade an diesem 8. Mai vor der Gefahr des Faschismus zu warnen. Neonazis der Wehrsportgruppe Hoffmann ermordeten 1980 auf dem Oktoberfest zwei meiner Kinder – meine Frau, ein Sohn und ich wurden schwer verletzt. Nach wie vor lassen Justiz und Regierung die Mörder ungeschoren.

Daran sieht man, wieviel noch zu tun ist, um den Wunsch der Menschen von 1945 zu erfüllen: NIE WIEDER FASCHISMUS.

Eine Veranstaltung unter dem Motto „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten“ zeigt, wem das deutsche Volk es in erster Linie zu verdanken hat, daß es 1945 von den Nazis befreit wurde.

Erinnern wir an diesem Tag auch an Menschen wie die Geschwister Scholl, die im Kampf gegen die Nazis ihr Leben geopfert haben. Ihr sollten wir, gerade in München, an diesem Tag gedenken.

Ignaz Platzer

Die ersten Stimmen zu der Manifestation

– Fortsetzung –

„Im Interesse der gemeinsamen Sache...“

Durch Gespräche in Betrieben und außerhalb haben wir in den letzten Wochen festgestellt, wie wenige junge Leute mit dem 8. Mai 1945 etwas anfangen können, wie wenig sie überhaupt aus der Geschichte des zweiten Weltkrieges wissen, geschweige denn dazu in der Lage sind, den 8. Mai politisch zu werten.

Wir freuen uns deshalb ganz besonders, daß es die Redaktion der „Kämpfenden Jugend“ in ihrer Erklärung schafft, den Jugendlichen klarzumachen, wem man am 8. Mai 1985 danken muß – den Sowjetsoldaten und dem ganzen Volk der Sowjetunion. Aus diesem Grund unterstützen wir die Veranstaltung der Redaktion der „Kämpfenden Jugend“ am 11. Mai 1985 und hoffen, daß es gelingt, eine große Anzahl von Menschen aus der ganzen BRD am 11.5.1985 auf der Veranstaltung in München zu erreichen und ihnen die nötige Aufklärung zu vermitteln. Im Interesse der gemeinsamen Sache!

*Petra Ruttmann, ÖTV, Gesamtbetriebsrätin**

*Luise Upsing, ÖTV, Vertrauensleutesprecherin**

*Uli Weinzierl, ÖTV, Gesamtbetriebsratsvorsitzender**

*Detlev Pipoh, IGM, Betriebsratsmitglied**

(Funktionsangaben dienen nur der Information)*

Die Zukunft meines Volkes

Liebe junge Freunde, als Publizist, dem 12 Jahre brauner Barbarei 12 Jahre Arbeitsverbot waren und für den daher der 8. Mai 1945 in der Tat auch ganz persönlich ein Tag der Befreiung war, begrüße ich Eure geplante Manifestation außerordentlich.

Der Waffe der Feder beraubt (natürlich hätte ich schreiben dürfen, doch etwas anderes als die Wahrheit zu schreiben hätte ich nicht gelernt), war es wenig genug, was ich tun konnte in diesen 12 Jahren. Und es war nie meine Art, mich des Selbstverständlichen zu rühmen. Als ich es doch tat, als ich, um wieder als Publizist arbeiten zu können, nach dem Kriege davon berichtete, wie ich jüdischen Freunden geholfen hatte, in der Illegalität nicht zu verhungern, ja ihnen die Ausreise in die USA zu ermöglichen – da half auch das mir nichts. Denn ich hatte ein viel größeres Verbrechen begangen: Zurück von einer Fahrt durch die sowjetisch besetzte Zone hatte ich nicht nur nicht in den Chor gegen die „roten Barbaren“ eingestimmt, sondern eine Reportage geschrieben, in der ich ausdrückte, wie sehr ich dort in all den Widrigkeiten einen Funken von dem aufblitzen sah, was die Zukunft meines Volkes als Ganzes hätte sein können. Das kostete mich im „freien Westen“ erneut die Existenz als Publizist.

Gerade als Autor dieser Reportage entbiete ich Eurer Manifestation meine Grüße.

Gerd Tolzien, Publizist, München

Gerecht

Die Befreiung von der Hitlerdiktatur 1945 erfolgte von beiden Seiten. Nämlich von Westen und von Osten. Allerdings mehr von Osten! Die UdSSR hat den weitaus größten Teil an

Opfern getragen. Der Schwerpunkt ihres europäischen Teiles war verwüstet. In beispielloser Anstrengung befreite sie sich selbst und drang von Moskau bis nach Berlin und an die Elbe vor. (Die Demarkationslinie war von den Alliierten abgesprochen.) Nachdem es bei uns in der Bundesrepublik üblich geworden ist – entgegen allen gesamtdeutschen Beteuerungen – nur den westlichen Befreier zu danken, insbesondere den US-Amerikanern, halte ich den Aufruf und die Manifestation am 11.5. der Redaktion der „Kämpfenden Jugend“ für gerecht: Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten für die Befreiung vom Faschismus.

Gern stelle ich meine Ausführungen vor der Kundgebung der internationalen Friedensärzte auf dem sowjetischen Friedhof in Stukenbrock zur Verfügung.

„Ich war 5 Jahre lang Soldat und war danach 5 Jahre lang als Kriegsgefangener in Lagern der UdSSR.

„Antifa“ habe ich erst dort kennengelernt. Ich habe dort sehr viel Menschlichkeit gefunden und gelernt, was internationale Solidarität bedeutet.

Die Toten, die hier auf diesem Friedhof liegen, waren Menschen so wie Du und ich. Sie wurden Opfer eines brutalen, rassistischen und menschenverachtenden Systems. Und ich muß hier bekennen:

Ich fühle mich daran mitschuldig! Ich war beteiligt an der Okkupation von fast ganz Europa, von Ost bis West, von Süd bis Nord. Ich schäme mich heute dafür, daß ich mitmarschiert bin über Litauen, Lettland, Estland bis nach Leningrad. Ich war beteiligt an der Einschließung der Stadt Leningrad.“

Dr. med. Klaus Waterstradt, Mitglied des Bundesvorstands der Humanistischen Union

Ich werde Eure Sache in Moskau bekanntmachen

Hallo, ihr Kampfgenossen! Ich habe über Eure Aktion „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten“ von Eurer Genossin erfahren. Diese Initiative finde ich kühn und wichtig. Die Sache, die Ihr macht, ist edel, aber der Weg, den Ihr beschritten habt, ist sehr schwer. Nur in den fest geschlossenen Reihen der Gleichgesinnten, der Kampfgenossen, werdet Ihr Euer Ziel erreichen. Ich bekenne mich zu Eurer Sache, ich werde hier in Moskau alles tun, damit die Menschen wissen, was für eine Sache Ihr macht und Euch von hier unterstützen.

Es ist die Zeit, wo es sehr wichtig ist, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß nie wieder Krieg ausbricht, denn danach existiert die Welt einfach nicht mehr. Und alle Menschen wollen leben und eine glückliche Zukunft haben. Und wir werden zusammen für diese glückliche Zukunft kämpfen. Wenn wir einig sind dabei, werden wir es schaffen. „Vergeßt nie, wir sind stark, wir sind unbesiegbare, wenn wir in Treue zum Sozialismus zusammenhalten“, hat Bebel gesagt und ich stimme ihm zu.

Ich wünsche Euch viel Erfolg beim Kampf! Nie wieder Krieg! Mit sozialistischem Gruß

Natascha Winogradowa

Damit die Sache der Arbeit und des Friedens gewinnt:

Dafür haben wir, die Redaktion der „Kämpfenden Jugend“, als Redaktion einer parteiungebundenen Zeitung, die Trägerschaft für eine Manifestation unserer Sache unter dem Motto des Danks an die Sowjetsoldaten übernommen.

Wir meinen:

Organisationsschranken sollen uns nicht daran hindern, den 40. Jahrestag unserer Befreiung vom Hitlerismus so zu begehen, wie es ihm und uns gebührt!

Wir haben die Trägerschaft übernommen – getragen werden muß sie von Dir, Deinem Arbeitskollegen, Deinem Freund ...!

*Jeder wird gebraucht! Tragt die Sache weiter
vergeßt keinen!*

- im Büro ...
- als Mitsinger bei der Manifestation ...
- als Maler von Bildtransparenten ...
- als Fahrer von LKWs, am besten mit LKW! Plakatwände sind unerschwinglich! Deswegen wollen wir LKWs als fahrende Plakate mit viel Musik und Wernern für die Manifestation durch die Arbeiterviertel ...
- als ...

Außerdem werden dringend benötigt: weitere Räume für das Büro!

Beim Büro könnt Ihr bestellen:

- Diese Flugschrift (Nr. 1)
je Stück –,20 DM
ab 1000 Stück –,15 DM
- Plakat (DIN A0, zweifarbig)
je Stück –,50 DM
ab 1000 Stück –,40 DM

*Vertraßt Euch nicht
auf das, was Ihr
bisher wißt!*

- Die Redaktion der „Kämpfenden Jugend“ hat ihre nächste Nummer ganz auf die Erfordernisse des 8. Mai konzentriert. Für 2 DM zu bestellen bei:
Martina Holzinger, Dachauer Straße 237c, 8000 München 19
- Lest Bücher zu diesem Thema!
- Besucht Bildungsabende und Veranstaltungen zum 8. Mai!
- Macht selbst Bildungsabende!

**Eure Erfahrungen,
Eure Lebensgeschichte
wird gebraucht!**

**Auf der Manifestation werdet
Ihr „Alte“ zu uns „Jungen“
sprechen.**

**Nur wenige können dort auf dem
Podium sprechen –**

Ihr alle aber werdet gebraucht!

**Für Vorbereitungsabende,
Bildungsabende, Jugendgruppen-
abende!**

**Für Berichte über Euer Leben,
Euren Kampf in weiteren
Flugschriften, auf Ausstellungen!**

**Wendet Euch deswegen an
das Büro!**

**Kommt zur Manifestation,
bringt Eure Freunde
und Kameraden mit!
Ihr alle seid eingeladen!**

Spendet!

Jede Mark wird dringend benötigt, soll der Dank an die Sowjetsoldaten in ganz Westdeutschland Verbreitung finden!

**Spendenkonto
„Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!“
Postgiroamt München
BLZ 700 100 80
Konto 3704 37-808**

*Wichtig! Genauer Ort und Zeit der
Manifestation wird noch bekannt-
gegeben.*

Impressum:
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Heiko Müller, Streifeldstr. 32, 8 München 80



**Büro
„Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!“**

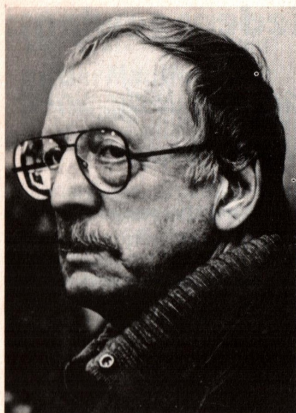
**Tulbeckstr. 4/Rückgebäude
8000 München 2
Telefon: 0 89/5 02 83 57**

*„Jeder Mensch,
der die Freiheit liebt,
hat der Roten Armee
mehr zu verdanken,
als er je
in seinem Leben
bezahlen kann.“*

(Ernest Hemingway)

**Tragt sie mit,
die Manifestation „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten!“**

Wir stellen vor



Erwin Geschonneck

Staatsschauspieler der DDR, Widerstandskämpfer, Nazi-Ankläger und einer der 350 Überlebenden von 4.000 des KZ-Schiffes Cap Arcona

Genosse Geschonneck ist seine Anrede, der Faschismus sein Feind, Staatsschauspieler der DDR sein Titel, einer der Besten zu sein, seine Ehre und der Kommunismus seine Würde. Sein Leben ist das eines Widerstandskämpfers – KZ Sachsenhausen, KZ Dachau, Straftransport nach Neuengamme, einer der 350 Überlebenden von 4.000 des KZ-Schiffes Cap Arcona. Nazi-Ankläger im Hamburger Entnazifizierungsausschuß, bis ihn Bertolt Brecht zu seinem Berliner Ensemble rief und er für die Menschheit als Schauspieler unentbehrlich wurde, wie z.B. in „Nackt unter Wölfen“, wie ...



Hanne Hiob

„rabiante Antifaschistin“ – so ihre Gegner und Gegner Bertolt Brechts – mit Satiren ihres Vaters für den Moskauer Freiheitssender

Wenn die Sowjetsoldaten bis nach Aachen gekommen wären – hätte der Anachronistische Zug nicht stattfinden müssen! ... Ich glaube, es ist im Sinne brechts – meine Aktionen seit Jahren. „Die Kunst, die Wahrheit handhabbarer zu machen als eine Waffe“:

(Fortsetzung Hanne Hiob)

„Der Anachronistische Zug“ in Bonn aufgeführt gegen Carstens, 1979.

„Der Anachronistische Zug“ durch die BRD gegen Strauß, 1980, Veranstalter: Brecht statt Strauß.

Zusammenstellung seit 1983:

B.B. Tournee zu den Bundestagswahlen: „Der Schoß ist fruchtbar noch“.

B.B. Abend, Wien, zu Hitlers Geburtstag: „Lehnen Sie sich ruhig zurück“.

B.B. und andere Dichter, zum 9. Mai: „50 Jahre Bücherverbrennung“, Dortmund.

B.B.: „Herrnburger Bericht“, 11. Mai, Essen: Die kämpfende Jugend.

B.B. Abend: „Nazi-Lehrer Witzsch raus!“, mit Schülerzeugen, Nürnberg und Fürth.

B.B. Abend: „Gewerkschafter gegen Wallmann“, Frankfurt.

B.B. Abend: „Der Schoß ist fruchtbar noch“, Braunau, Österreich. – 1984:

B.B. Abend in der Berufsoberschule in Freimann, am 30. Januar.

B.B. Abend zum Arbeiteraufstand 34, in Linz.

B.B. Abend zum Arbeiteraufstand 34, in Berlin DDR.

B.B. Veranstaltung: Tournee zu den Heldengedenktagen: „O Deutschland, bleiche Mutter“, November, in der BRD und Österreich.

1985:

B.B. Abend zum Internationalen Frauentag, DKP, in Hamburg.

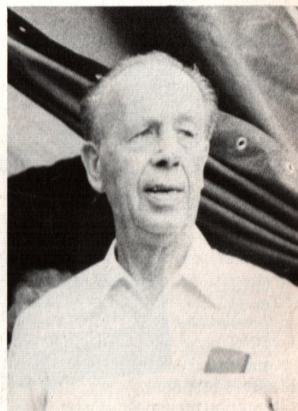
Die National- und Soldatenzeitung schrieb 1984 über mich: „Obwohl der Faschismus in Deutschland nie beheimatet war und auch in Italien längst der Vergangenheit angehört, gefällt sich die Anachronistin weiterhin in der Rolle einer rabiante Antifaschistin.“

Frage an mich: Sind Sie das?

Ja.

Warum?

Weil's nötig ist.



Ferdi Hülser

Zum Kampf für die Niederlage Hitlerdeutschlands im Nationalkomitee Freies Deutschland (Widerstandsgruppe Köln); heute Ehrenmitglied der DFG/VK

Ich wurde wegen meines antifaschistischen Widerstands zum Tode verurteilt. Nur der heranrückenden Front habe ich mein Leben zu verdanken. Es waren Soldaten der USA, die meine KZ-Haft beendeten. Meine Freiheit verdanke ich aber den Sol-

r: Die Redner

(Fortsetzung Ferdi Hülser)

daten der Sowjetunion. Ihre großen Siege über die deutschen Faschisten hatten die USA und England endlich zu der lange verzögerten zweiten Front gezwungen. Die damaligen Alliierten machten 1945 Schluß mit dem Krieg.

Weil Schluß sein mußte mit dem Krieg, hatte ich mich dem Nationalkomitee Freies Deutschland angeschlossen.

Seitdem müssen wir uns in der Bundesrepublik nicht weniger um den Frieden sorgen, im Gegenteil. Deswegen bin ich auch heute mit meinen 77 Jahren noch aktiv für den Frieden und unterstütze jede Initiative, die dem Frieden nützt.



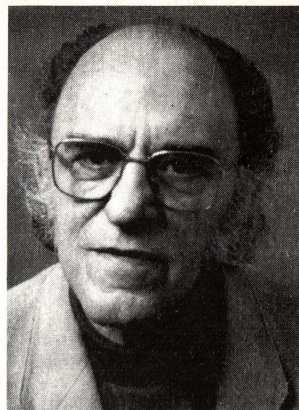
Albert Lehmann

Arbeiter und Mitglied einer Widerstandsgruppe in Deutschland, KZ Osthofen, Strafbataillon „Deserteur“ – und stolz darauf

Seit dem 14. Lebensjahr (1927) bis heute bin ich gewerkschaftlich und parteipolitisch in der sozialdemokratischen Bewegung organisiert. Bereits 1932 habe ich auf einer Kundgebung der kommunistischen Jugend in Frankfurt zur Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufgerufen. Unter dem Nationalsozialismus kämpfte ich in einer illegalen Widerstandsgruppe zusammen mit Gewerkschaftern und Genossen der KPD. Wir verbreiteten Flugblätter und Zeitungen – so z.B. auch die illegal erschienene Rote Fahne – an Betrieben und durch Hausverteilungen. Wir erklärten: Wer Hitler gewählt hat, hat auch den Krieg gewählt. Der wirtschaftliche Aufschwung beruht allein auf Aufrüstung und Vorbereitung des Krieges. Durch unsere Agitation ermuntert, streikten 1936 Opel-Kollegen in Rüsselsheim gegen die faschistische Lohnraubpolitik. Mehrfach wurde ich verhaftet, war im KZ Osthofen und in verschiedenen Gefängnissen eingesperrt, wurde mißhandelt, aber ich ließ mich vom Widerstand nicht abhalten. 1942 wurde ich einberufen zum Strafbataillon 999, desertierte und kam in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Nach dem Krieg erhielt ich aus der Hand von Bundespräsident Heinemann das Bundesverdienstkreuz (von einem anderen hätte ich es abgelehnt). Noch heute bin ich tätig in der Seniorenarbeit des DGB-Ortskartells Raunheim, Mitglied des Landesvorstandes der VVN/BdA Hessen, Ehrenmitglied der Jungsozialisten. Die Einheitsfront der Arbeiter ist für mich die wichtigste Lehre aus dem antifaschistischen Widerstand, die vor allem an die Jugend weitergegeben werden muß.

Hermann Reineck

Antifaschistischer Widerstand bei den Partisanen der Tschechoslowakei und Österreich, die sich mit den Sowjetsoldaten vereinigt haben; heute Generalsekretär der „Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitz e.V.“ (BRD)

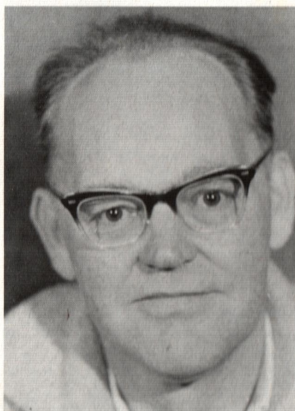


Hineingepreßt in eine Strafeinheit, losgeschickt gegen das tschechische Volk, gelang es mir 1944, zu meiner Frontseite vorzudringen. Zu den tschechischen Partisanen. Dann kämpfte ich bis Kriegsende als Partisan der österreichischen Freiheitsbewegung gegen die faschistischen Verbrecher.

Und was ist heute?

Hitler ist tot. Aber die „1. Division Leibstandarte Adolf Hitler“, die „Division „Hitlerjugend““ und die „Totenkopf-Division“ dürfen sich vom 2. bis 13. Mai in Nesselwang versammeln, wie als gäbe es kein Urteil des Nürnberger Gerichtshofes und aller Völker der Erde über diese Verbrecherbanden.

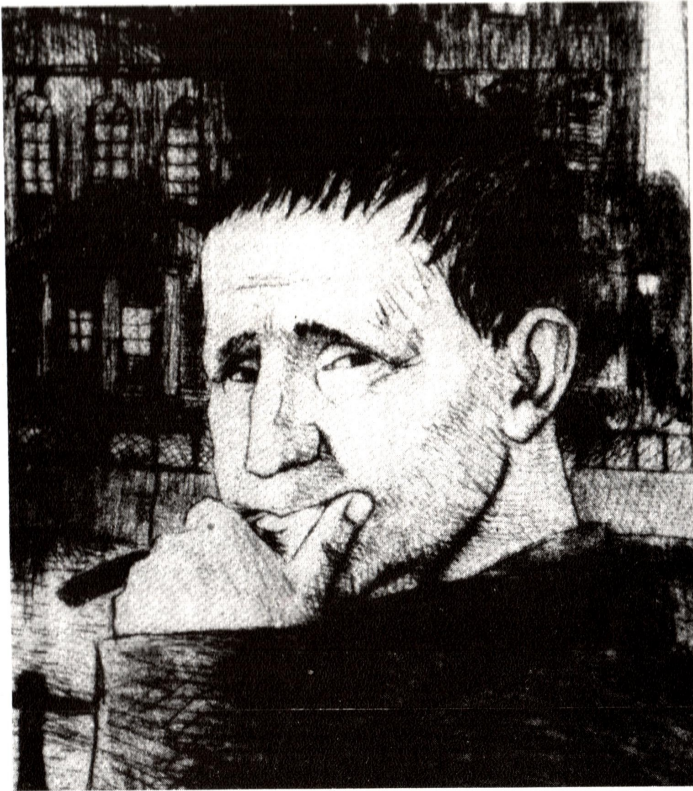
Die „Untermenschen“-Hetze gibt es nicht mehr. Aber über die Grenzen Polens wird von *Regierungsseite* debattiert, wie als gäbe es kein polnisches Volk mit seinen Interessen und Rechten. Und man muß sich vor Augen führen: Im Namen Deutschlands wurde fast 1/5 der polnischen Bevölkerung ermordet. Ich habe in Polen viele Freunde und Kameraden, gerade auch solche, mit denen ich das Lager von Auschwitz überlebte. Sie schauen sehr wohl darauf, wer in Westdeutschland seine Stimme erhebt gegen Revanchismus, für Völkerfreundschaft!



Karl Röder

Arbeiter, 11 1/2 Jahre in Konzentrationslagern und Gefängnissen

Geboren 1911 in Nürnberg. In einer Arbeiterfamilie großgeworden. 1925 Beginn der Spenglerlehre bei MAN. Im gleichen Jahr Beitritt zur SAJ. Ab 1929 im Zeichen der Weltwirtschaftskrise arbeitslos. Im ersten Halbjahr 1931 Besuch einer Heimvolkshoch-



Der Nürnberger Prozeß

**Die amerikanischen Korrespondenten beschwerten sich
über die Gleichgültigkeit der deutschen Bevölkerung
gegenüber**

**Den Enthüllungen der Kriegsverbrechen. Wie, wenn diese
Leute**

**Über ihre Obrigkeit schon Bescheid wüßten und nur
Auch jetzt noch nicht sähen, wie
Die Verbrecher loswerden?**

Bert Brecht